



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

11. Jahrgang
Nr. 173 Okt./2 2025

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

=====

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

=====

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Zahlen von Eurostat enthüllt: Europa im Migrations-Tsunami als UN-gelenktes Projekt – Deutschland mit 16,9 Mio. Zugewanderten an der Spitze!

uncut-news.ch, September 30, 2025





depositphotos.com

Zahlen, die für sich sprechen

Über 16,9 Millionen im Ausland Geborene in Deutschland, mehr als 50% Migrantenanteil in Luxemburg, fast 70% in Liechtenstein. Selbst kleine Inselstaaten wie Malta zählen inzwischen ein Drittel Zugewanderte. Zum Vergleich: Im OECD-Vergleich steht die Schweiz ebenfalls mit etwa 31% Anteil der in einem anderen Land Geborenen unter den höchsten Werten.

Auf der anderen Seite: Osteuropa, wo der Anteil teils unter 5% liegt. Dort zeigt sich, was passiert, wenn ein Land sich dem Migrationsdogma widersetzt: politische Isolation, massiver Druck aus Brüssel und den UN-Institutionen.

Rang	Land	% der Einwanderer	# Anzahl der Einwanderer (Tausende)	Geboren in der EU (Tausende)	Außerhalb geboren der EU (Tausend)
1	 Liechtenstein	70	28	9	19
2	 Luxemburg	51	343	221	122
3	 Switzerland	31	2,795	1,494	1,301
4	 Malta	31	174	41	133
5	 Ireland	23	1,224	358	854
6	 Austria	22	2,023	884	1,140
7	 Iceland	21	88	58	31
8	 Sweden	21	2,169	554	1,615
9	 Germany	20	16,881	6,348	10,533

Via visualcapitalist

Der UN-Migrationspakt als Masterplan

Diese Entwicklung ist kein Zufall. Seit der Verabschiedung des Globalen Migrationspakts (GCM) 2018 ist die Richtung klar: Migration soll nicht mehr als Ausnahme, sondern als «normal» und «positiv» gelten.

- Migration als Menschenrecht: Der Pakt definiert Migration nicht als Risiko, sondern als gewünschte Realität, die gefördert und erleichtert werden muss.
- Narrativkontrolle: Kritik am Pakt oder an der Masseneinwanderung wird als «Desinformation» gebrandmarkt – ein Frontalangriff auf die Meinungsfreiheit.
- Integration als Pflicht: Aufnahmelande sollen Strukturen umbauen – von Schule bis Arbeitsmarkt – um Migration nicht nur zu akzeptieren, sondern aktiv voranzutreiben.

Damit wird klar: Die enormen Zahlen, die Eurostat jetzt liefert, sind keine «spontane Entwicklung», sondern das Ergebnis einer politisch orchestrierten Agenda.

Die Folgen im Alltag: Unsicherheit, Gewalt, Angst

Die bittere Realität: Migrantenangriffe gehören mittlerweile in fast allen europäischen Ländern zur Tagesordnung. Messerattacken in Zügen, Gruppenvergewaltigungen, Schlägereien in Innenstädten – es gibt kaum ein Land, das nicht betroffen ist.

Die Bevölkerung wurde nie gefragt, ob sie diese Migrationspolitik will. Sie wird schlicht umgesetzt – über die Köpfe der Bürger hinweg. Das Ergebnis: Europa wird spürbar unsicherer, von Paris über Berlin bis Stockholm.

Besonders Frauen trifft es hart: In vielen westeuropäischen Grossstädten ist es für sie inzwischen riskant, nachts allein unterwegs zu sein. Ganze Viertel haben sich zu No-Go-Zonen entwickelt, in denen Polizei nur noch zögerlich präsent ist.

Und ein Ende ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Mit jeder neuen Einwanderungswelle verschärft sich die Lage weiter. Die Politik reagiert mit Sprachregelungen, nicht mit Schutzmassnahmen.

Die Rolle von Big Tech und Medien

Besonders perfide: Während die Zahlen öffentlich verfügbar sind, werden Diskussionen darüber algorithmisch ausgebremst, zensiert oder diffamiert. Genau hier greift die Allianz von UN-Institutionen, westlichen Regierungen und den grossen Plattformen.

Das Narrativ lautet: «Migration ist unvermeidbar.» Alles andere wird als Hetze abqualifiziert.

Europa im Umbau – ohne Mandat der Bürger

Die Eurostat-Daten zeigen nicht nur demografische Trends – sie dokumentieren die grösste stille Transformation Europas seit dem Zweiten Weltkrieg.

- In Deutschland wächst eine Parallelgesellschaft, während politische Eliten jede Kritik unter «Staatsräson» begraben.
- In Westeuropa wird die Mehrheitsbevölkerung in immer mehr Städten zur Minderheit.
- In Osteuropa hingegen stemmen sich Regierungen gegen die Umsetzung des Pakts – und werden dafür von Brüssel regelmässig sanktioniert und angegriffen.

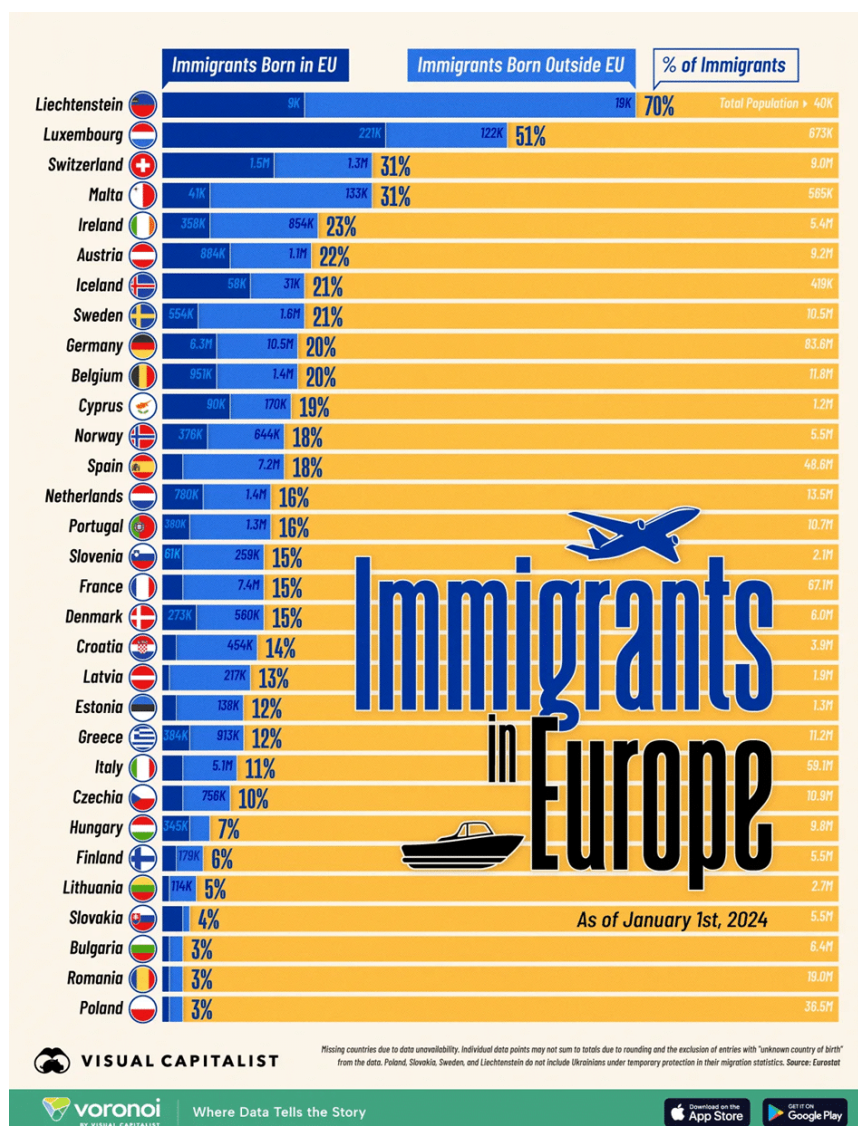
Fazit: Eine Agenda gegen die Völker Europas

Die nüchternen Zahlen aus Luxemburg, Deutschland oder Malta sind der statistische Beweis: Migration ist nicht mehr spontanes Geschehen, sondern gesteuerte Politik.

Der UN-Migrationspakt lieferte das Drehbuch, Brüssel und Big Tech sorgen für die Durchsetzung, und die nationalen Regierungen spielen brav mit – gegen den erklärten Willen grosser Teile ihrer Bevölkerungen.

Europa wird umgebaut. Nicht durch offene Debatten, sondern durch technokratische Beschlüsse.

Die Eurostat-Grafik ist kein Zufallsprodukt – sie ist ein Blick in die Zukunft, wenn diese Agenda ungebremst weiterläuft.



Quelle: <https://uncutnews.ch/zahlen-von-eurostat-enthueilt-europa-im-migrations-tsunami-als-un-gelenktes-projekt-deutschland-mit-169-mio-zugewanderten-an-der-spitze/>



Donald Trumps Friedensplan für Gaza ist von vornherein zum Scheitern verurteilt

Larry C. Johnson, September 30, 2025

Ich sage Ihnen gleich vorweg, worauf es hinausläuft: Die Zionisten, nicht nur der israelische Ministerpräsident Netanjahu, lehnen eine Zwei-Staaten-Lösung vollständig ab. Dementsprechend ist Donald Trumps Friedensplan für Gaza von Anfang an zum Scheitern verurteilt ... Dead on arrival.

Präsident Trump stellte während einer Pressekonferenz im Weissen Haus mit Benjamin Netanjahu einen detaillierten Vorschlag zur Beendigung des Krieges zwischen Israel und der Hamas in Gaza vor, der seit Oktober 2023 tobt und zu über 66'000 palästinensischen Todesopfern und weitreichender Zerstörung geführt hat. Der Plan mit dem offiziellen Titel «President Donald J. Trump's Comprehensive Plan to End the Gaza Conflict» (Umfassender Plan von Präsident Donald J. Trump zur Beendigung des Gaza-Konflikts) ist als 20-Punkte-Rahmenwerk strukturiert (obwohl einige Berichte von 21 Punkten sprechen, möglicherweise einschliesslich einer einleitenden Präambel). Er betont einen sofortigen Waffenstillstand, die Freilassung von Geiseln, die Entwaffnung und den Ausschluss der Hamas aus der Regierung, internationale Aufsicht, massiven Wiederaufbau und einen vagen Weg zur Selbstbestimmung der Palästinenser. Netanjahu befürwortete den Plan und erklärte, er erfülle die Kriegsziele Israels, während Trump warnte, die Hamas müsse ihn akzeptieren oder mit der vollständigen Unterstützung der USA für Israel mit der Zerstörung rechnen. Die Hamas erklärte, sie habe den schriftlichen Vorschlag nicht erhalten, werde ihn aber in gutem Glauben prüfen.

Der Plan baut auf Elementen früherer US-Ideen (z. B. Trumps Rahmenwerk für die Abraham-Abkommen von 2020 und einem saudisch-französischen Vorschlag) und Beiträgen von Persönlichkeiten wie dem ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair auf, der zu Konzepten für die Nachkriegsregierung beigetragen hat. Er wurde erstmals am 24. September 2025 in Form eines 21-Punkte-Entwurfs den arabischen und muslimischen Führern bei der UN-Generalversammlung vorgestellt und erhielt bedingte Unterstützung von Ländern wie Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien und Katar, die die Bemühungen zur Beendigung des Krieges begrüßten, aber betonten, dass es keine Vertreibung, einen vollständigen Rückzug Israels und eine Zwei-Staaten-Lösung geben dürfe. Der türkische Präsident Erdogan lobte Trumps «Bemühungen und Führungsstärke» für einen Waffenstillstand, während die Palästinensische Autonomiebehörde ihr Vertrauen in seine Fähigkeit zum Ausdruck brachte, einen Weg zum Frieden zu finden.

Kritiker, darunter die Palästinensische Islamische Dschihad, bezeichneten den Plan als «Rezept für die Sprengung der Region» und argumentierten, er schliesse die Palästinenser aus und erlaube eine unbefristete israelische Sicherheitskontrolle. Der Plan vermeidet Zwangsumsiedlungen, erlaubt jedoch freiwillige Ausreisen, im Gegensatz zu Trumps umstrittener Idee vom Februar 2025, unter Führung der USA eine «Riviera des Nahen Ostens» mit Massenumsiedlungen zu schaffen (die auf Gegenwehr stiess und später abgeschwächt wurde). Der grösste Hinweis darauf, dass dieser Plan nichts weiter als eine Täuschung ist, war die Anwesenheit von Trumps Schwiegersohn Jared Kushner bei der Bekanntgabe. Jareds Traum vom Bau von Ferienwohnungen an den Stränden des Gazastreifens bleibt ungebrochen.

Hier sind die sogenannten Höhepunkte von Trumps Vorschlag:

- **Sofortiger Waffenstillstand und Freilassung der Geiseln** – Der Krieg endet sofort nach gegenseitiger Zustimmung. – Alle militärischen Operationen werden eingestellt; die Frontlinien werden eingefroren. –

Freilassung aller ~20 lebenden Geiseln und Überreste von mehr als 25 Verstorbenen innerhalb von 48–72 Stunden. – Israel lässt im Gegenzug Tausende palästinensischer Gefangener frei. – Die Feindseligkeiten werden während der Verhandlungen ausgesetzt.

- **Entwaffnung und Amnestie der Hamas** – Die Hamas muss vollständig entwaffnet werden, auf die Regierungsgewalt verzichten und sich als militärische Einheit auflösen. – Amnestie für Mitglieder, die sich zu «friedlicher Koexistenz» und zur Abgabe ihrer Waffen verpflichten; sie können in Gaza bleiben. – Sicherer Durchgang für diejenigen, die in Aufnahmeländer ausreisen möchten (keine Zwangsausweisung). – Gaza wird zu einer «deradikalisierten, terrorfreien Zone», die keine Bedrohung für ihre Nachbarn darstellt.
- **Rückzug Israels und Sicherheit** – Schrittweiser Rückzug Israels aus dem gesamten Gazastreifen. – Israel behält eine «Sicherheitszone/Pufferzone» bei, bis Gaza als sicher vor Terrorbedrohungen gilt (Kriterien undefiniert, möglicherweise unbefristet). – Einsatz einer internationalen Stabilisierungstruppe (ISF), wahrscheinlich aus arabischen/muslimischen Staaten (z. B. Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate), unter Aufsicht der UNO zur Übergabe der Sicherheitsverantwortung.
- **Regierungsführung und Aufsicht** – Ein vorübergehendes technokratisches, unpolitisches palästinensisches Komitee (qualifizierte Palästinenser + internationale Experten) kümmert sich um die täglichen Aufgaben (z.B. Kommunalverwaltung, öffentliche Dienste). – Beaufsichtigt von einem neuen «Friedensrat» unter dem Vorsitz von Trump, dessen Mitglieder Tony Blair und andere Staatschefs sind. – Der Rat überwacht den Rahmen und die Finanzierung, bis die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) die Reformen (gemäß dem Trump-Plan von 2020 und dem saudisch-französischen Vorschlag) abgeschlossen hat und die Kontrolle wieder übernimmt. – Keine israelische Besetzung oder Annexion des Gazastreifens oder des Westjordanlands.
- **Humanitäre Hilfe und Wiederaufbau** – Sofortige, uneingeschränkte Hilfslieferungen gemäß der Vereinbarung vom 19. Januar 2025: Lebensmittel, Wasser, medizinische Versorgung, Wiederaufbau der Infrastruktur (Wasser, Strom, Abwasser), Krankenhäuser, Bäckereien, Trümmerbeseitigung. – Der Grenzübergang Rafah wird gemäß den bisherigen Mechanismen in beide Richtungen geöffnet. – «Trump-Entwicklungsplan»: Wiederaufbau Gazas zum Wohl der Bewohner zu einer prosperierenden Zone (z.B. Wirtschaftszentren, keine Einzelheiten zur «Riviera-Vision»). – Finanzierung durch internationale Partner; Schwerpunkt auf Deradikalisierung und Mentalitätswandel durch interreligiösen Dialog.
- **Langfristiger politischer Horizont** – Von den USA geführter Dialog zwischen Israel und den Palästinensern für eine «friedliche Koexistenz». – Weg zur Selbstbestimmung/Staatsgründung der Palästinenser als «Ziel», abhängig von Reformen der Palästinensischen Autonomiebehörde, der Sanierung des Gazastreifens und der Sicherheit. – Förderung von «Toleranz» durch einen Wandel der Narrative; Integration des Gazastreifens mit dem Westjordanland in einen potenziellen Staat nach internationalem Recht.

Trump ignorierte offenbar Netanjahus Rede vor der 80. Generalversammlung der Vereinten Nationen am 26. September 2025. Die Rede war trotzig und konzentrierte sich auf Israels Militäraktionen im Gazastreifen, Vorwürfe des Völkermords gegen Israel und regionale Bedrohungen durch den Iran und die Hisbollah. Was die Zwei-Staaten-Lösung betrifft – insbesondere die Gründung eines souveränen palästinensischen Staates – lehnte Netanjahu diese ausdrücklich als gangbaren oder unmittelbar bevorstehenden Weg ab und stellte sie als gefährliches Zugeständnis dar, das weitere Angriffe auf Israel ermöglichen würde. Er argumentierte, dass ein solcher Staat unweigerlich zu einem «Terrorstaat» werden würde, der von Gruppen wie der Hamas kontrolliert wird, und führte den Angriff vom 7. Oktober 2023 als Beweis dafür an, dass die palästinensische Staatlichkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen eine existenzielle Bedrohung darstellt. In seiner Rede betonte er, dass Israel keine von der internationalen Gemeinschaft auferlegten Lösungen akzeptieren werde und der Sicherheitskontrolle über das Westjordanland (als Judäa und Samaria bezeichnet) und den Gazastreifen Vorrang einräumen werde.

Bei der heutigen Vorstellung des Plans auf einer gemeinsamen Pressekonferenz befürwortete Netanjahu den Vorschlag, vermied es jedoch, sich zu einer Zwei-Staaten-Lösung zu verpflichten. Er erklärte: «Dieser Plan erreicht die Kriegsziele Israels – die Zerstörung der militärischen Fähigkeiten der Hamas, die Sicherung unserer Grenzen und die Gewährleistung, dass der Gazastreifen keine Bedrohung darstellt.» Als er auf die palästinensische Staatlichkeit angesprochen wurde, wich er aus und sagte: «Frieden erfordert zuerst Sicherheit, nicht abstrakte Vorstellungen von Souveränität, die die Realität ignorieren.» Der vage «Weg zur Selbstbestimmung» des Trump-Plans ermöglichte es ihm, eine ausdrückliche Ablehnung zu umgehen und gleichzeitig die Sicherheitskontrolle Israels über den Gazastreifen und das Westjordanland aufrechtzuerhalten. Dies war jedoch nichts weiter als politisches Theater, das sich an die US-Öffentlichkeit richtete. Netanjahus Position zur Zwei-Staaten-Lösung ist seit Oktober 2023 unverändert:

- 18. Januar 2024 (Pressekonferenz): Netanjahu lehnte die Forderungen der USA nach einem palästinensischen Staat ab und erklärte: «In jeder zukünftigen Vereinbarung ... muss Israel die Sicherheitskontrolle über das gesamte Gebiet westlich des Jordan haben. Dies steht im Widerspruch zur Idee der Souveränität [für die Palästinenser].» Er argumentierte, dass ein palästinensischer Staat zu einer «Terrorbasis» wie Gaza nach dem Rückzug 2005 werden würde.
- Februar 2024 (Erklärung des Kabinetts): Inmitten von Vorschlägen der USA und arabischer Staaten für einen Nachkriegsplan für den Gazastreifen mit einer Zwei-Staaten-Perspektive verabschiedete die Regierung Netanjahu eine Resolution, in der sie «internationale Diktate» für einen palästinensischen Staat ablehnte und erklärte, dies würde «Israel beispiellosen Schaden zufügen» und den Terrorismus nach dem 7. Oktober belohnen. Er betonte: «Israel wird sich weiterhin gegen die einseitige Anerkennung eines palästinensischen Staates aussprechen.»
- 17. Juli 2024 (Rede vor der Knesset): Angesichts des erneuten internationalen Drucks bekräftigte Netanjahu: «Wir werden die Gründung eines Terrorstaates in Judäa und Samaria [Westjordanland] nicht zulassen, der unsere Existenz gefährden würde ... Die Antwort lautet nein.» Er führte die Kontrolle der Hamas über den Gazastreifen als Beweis dafür an, dass ein palästinensischer Staat zu einer von Iran unterstützten Militanz führen würde.

Ich glaube nicht, dass Netanjahu seine Haltung ändern wird. Ich glaube auch, dass der grösste Teil seines privaten Treffens mit Trump der Diskussion über die nächste Runde von Angriffen auf den Iran gewidmet war ... So viel zu Trumps Hoffnungen auf den Friedensnobelpreis. Weder Trump noch Netanjahu meinen es ernst mit einer friedlichen Beendigung des Völkermordkrieges Israels ... Das Töten wird weitergehen.

Quelle: Donald Trump's Proposed Peace Plan for Gaza is DO = Übersetzung: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/donald-trumps-friedensplan-fuer-gaza-ist-von-vornherein-zum-scheitern-verurteilt/>

Wertloser Schein-Frieden

Wenn ausgeartete Staatsmächtige
Völker ausradieren und
Massenmord begehen,
wonach sie dann einen
brüchigen Waffenstillstand
mit ihresgleichen vereinbaren,
dann nennen sie das höhnisch
und menschenverachtend
«Frieden schaffen».

Achim Wolf, 11. Oktober 2025
www.freundderwahrheit.de

Mörderische Undankbarkeit

Nennt ein wahrhaft Weiser
die Dinge der Wirklichkeit
und Wahrheit beim Namen
und beschreibt neutral,
unparteiisch und schonungslos
die Untaten der Mächtigen,
der Wahnkranken und Irren,
dann wird er verleumdet,
verhöhnt, verfolgt und verlacht
und man trachtet ihm
niederträchtig, feige und
schamlos nach dem Leben.

Achim Wolf, 11. Oktober 2025
www.freundderwahrheit.de

Geduld des Weisen

Der Weise auf dem Hufeisenberg
bringt allen Menschen Wahrheit,
Wissen, Liebe und Licht.
Auch wenn es Unzählige nicht
sehen können und ihm keinen
Dank zollen für sein selbstloses
und unermüdliches Schaffen,

so weiss er doch, dass eines
fernen Tages die Wahrheit
ans Licht kommen und alle
Unwahrheit, alle Lüge, alle Falschheit
und allen Betrug am Leben
mit eiserner Macht hinwegfegen
und endgültig zum Verschwinden
bringen wird.

Achim Wolf, 11. Oktober 2025
www.freundderwahrheit.de



Abstimmung in der Schweiz: Extrem knappes Ja zur E-ID – Warnsignal an die Politik Mit nur 50,39 Prozent Ja-Stimmen hat die Schweiz das neue E-ID-Gesetz angenommen. Das Resultat ist ein Denkmittel für die Politik – und eine Blamage für Justizminister Beat Jans.

Ein Abstimmungskommentar von Daniel Funk
28. September 2025

Die Schweiz sagt ja zur staatlichen elektronischen Identität – allerdings mit hauchdünner Mehrheit. 1'384'549 Stimmberechtigte stimmten heute für das E-ID-Gesetz, 1'363'283 dagegen. Die Differenz: gerade einmal rund 21'000 Stimmen. Mit 50,39 Prozent Ja-Stimmen ist das Resultat bemerkenswert knapp – insbesondere für eine Vorlage, die im Parlament von fast allen Parteien unterstützt wurde.

Bundesrat Beat Jans (SP, Basel-Stadt), der die Vorlage als Justizminister vertritt, sprach auf der Pressekonferenz heute Nachmittag von einer «äusserst knappen Mehrheit» und betonte, die E-ID werde freiwillig bleiben. Dennoch sei klar: Der Bundesrat müsse nun alles tun, um das Vertrauen jener zurückzugewinnen, die skeptisch bleiben. Zwei Abstimmungsbeschwerden, unter anderem wegen einer umstrittenen Spende der Swisscom, wurden bereits eingereicht. Gegnerinnen und Gegner forderten nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses eine Wiederholung derselben.

Beim Urnengang handelte es sich um eine Referendumsabstimmung. Parlament und Regierung hatten das E-ID-Gesetz verabschiedet, woraufhin Gegner aus verschiedenen Organisationen das Referendum ergriffen: das heisst, sie sammelten 50'000 Unterschriften. Dann muss – das ist in der Schweiz so üblich – eine Volksabstimmung entscheiden. Das Resultat ist bindend.

Für Jans war es die erste Abstimmungsvorlage in seiner Funktion als Bundesrat. Doch die Kampagne verlief nicht überzeugend – sein Auftritt in der SRF-Arena wirkte fahrig, Herzblut war kaum spürbar. Das schadet seinem Profil und wirft Fragen zur Kommunikationsstrategie des Bundes auf. Man spürte in den letzten Wochen, dass die Befürworter lahmten und die Gegner Oberwasser kriegten. Hätten sie sich im Frühling nicht laut gestritten – die Abstimmung wäre zu gewinnen gewesen.

Das enge Ergebnis offenbart ein tieferliegendes Problem: Das Vertrauen der Bevölkerung in staatliche IT-Projekte und in die Digitalisierung allgemein ist brüchig. Viele Bürger sorgen sich um Datenschutz, Überwachung und Abhängigkeit von Technologie. Diese Sorgen lassen sich nicht allein mit Technik oder Gesetzestexten ausräumen.

Ob die E-ID wie geplant im Sommer 2026 eingeführt wird, bleibt offen. Klar ist: Der Bundesrat steht nun in der Pflicht, nicht nur die technische Umsetzung zu liefern, sondern auch einen gesellschaftlichen Dialog über digitale Identität, Sicherheit und Freiwilligkeit zu führen. Das Ja zur E-ID war kein Blankoscheck, sondern ein Auftrag zur Vorsicht.

Was ist jetzt zu tun?

Die Gegner sollten Jans beim Wort nehmen und auf Freiwilligkeit beharren. Bischof Markus Büchel fragte beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) an, ob die Inanspruchnahme der Widerspruchslösung bei der Frage der Organspende nicht auch ohne E-ID möglich sei. Das BAG schrieb klipp und klar, dass das nicht der Fall sei. Freiwilligkeit sieht anders aus!

Die Gegner sollten nun Jans in die Pflicht nehmen und realistische Forderungen stellen. Dabei kann die Einführung des biometrischen Passes als Vorbild dienen. Damals machten die Gegner vor allem gegen die Bestimmung mobil, wonach die biometrischen Daten zentral gespeichert werden – angeblich aus Komfortgründen, damit sie nicht jedes Mal erneut erfasst werden müssen. Die Abstimmung wurde ebenfalls zur Zitterpartie. Der Bundesrat änderte dann das Gesetz und verzichtete auf eine zentrale Erfassung.

Die Gegner sollten geeint auftreten und realistische Forderungen stellen:

- Die AHV-Nummer wird nicht in die E-ID integriert. Das ist nicht notwendig.
- Keine zentrale Speicherung der biometrischen Daten (das ist für das Funktionieren auch nicht notwendig).
- Eine Bestimmung wird ins Gesetz aufgenommen, wonach es bei jeder Applikation, sei es eine staatliche oder eine privatwirtschaftliche wie zum Beispiel ein Bankgeschäft, auch eine praktikable und einfache Lösung ohne E-ID geben muss.

Lässt sich der Bundesrat nicht auf diese Forderungen ein, muss er sich nicht wundern, wenn eine Initiative für ein Recht auf ein Offline-Leben lanciert wird, die weit radikalere Forderungen thematisiert, als das die Gegner der E-ID tun.

Wie heuchlerisch die Diskussion über dieses Tool ist, zeigt Grossbritannien: Premierminister Keir Starmer kündigte an, dass künftig ohne E-ID in Grossbritannien nicht mehr gearbeitet werden könne. Als ob das ein illegal arbeitendes Zimmermädchen in einem noblen Londoner Viertel und ihren Arbeitgeber kümmern würde. Etwas Ehrlichkeit, bitte.

Aktualisierung um 23 Uhr

Die im Artikel erwähnte Abstimmungsbeschwerde liegt nun bei den Kantonen. Die Beschwerde kann bis vor das Bundesgericht weitergezogen werden. Erst wenn dieses einen Entscheid gefällt hat, kann der Bundesrat das Abstimmungsergebnis «erwahren», also für gültig erklären oder allenfalls einen neuen Abstimmungstermin ansetzen.

Der heutige Volksentscheid ist also noch nicht rechtskräftig.

Quelle: <https://transition-news.org/wahlsensation-in-der-schweiz-extrem-knappes-ja-zur-e-id-warnsignal-politik>



Der Wahnwitz der UNO – ein Mitglied gängelt 192 andere

Maren Müller, Veröffentlicht am 25. September 2025

Namibia ist zurecht empfindlich, wenn es um Genozid geht und die Bevölkerung ist mehrheitlich empört über die ungebremsten israelischen Angriffe auf die Zivilbevölkerung in Gaza. Namibia empfängt den TV-Nachrichtendienst Al Dschasira aus Katar, der tagtäglich ausführlich über den Israel-Gaza-Krieg, das Flächenbombardement in Gaza, die wiederholte interne Vertreibung der Zivilbevölkerung und die ständig steigenden Opferzahlen der Palästinenser berichtet. Die britische BBC und diverse Nachrichtenagenturen, berichten sporadisch über den blutigen Konflikt, aber direkte Berichte aus Israel erreichen Namibia selten.

Die neue namibische Präsidentin, Netumbo Nandi-Ndaitwah, befindet sich derzeit – zum ersten Mal – auf dem grossen Weltparkett, zur jährlichen Vollversammlung der Staatsoberhäupter im Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York, die jetzt 80 Jahre alt sind: UNO – UNITED NATIONS ORGANISATION.

Am Montag hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron mit Unterstützung von Saudi-Arabien im Vize-Vorsitz der Vollversammlung die Eröffnungsrede gehalten. Zu stehendem Applaus des Plenums hat er die

zwei «autonomen Palästinenser-Gebiete» Gaza und West-Jordanien/Westbank als eigenständigen Staat ausgerufen und anerkannt. Die überwältigende Mehrheit der UN-Mitglieder, inklusive der westlichen Demokratien – mit expliziter Ausnahme der USA – unterstützen die Anerkennung und bestehen gleichzeitig auf sofortigen Waffenstillstand im 23 Monate alten, sogenannten Israel-Gaza-Krieg.

«Krieg» ist hier ein Missbegriff, denn aus der wiederholt auf und ab vertriebenen und hungernden Zivil-Bevölkerung Gazas ist bisher kein Schuss der Gegenwehr belegt. Und es gibt auch keine Luftabwehr gegen das tagtägliche israelische Bombardement, bei dem in der Regel zwischen 60 und 120 Menschenleben, hauptsächlich Frauen und Kinder, zu beklagen sind. Tagtäglich Menschenschinderei und Sippenhaft. Die Zahl «eliminierten» Palästinenser Journalisten hat 120 überschritten. «Waffenstillstand» bedeutet hier allein Waffenruhe der israelischen Kriegsgeräte.

Der 6. Anlauf auf Waffenruhe durch die USA abgeschmettert

Im Vorlauf zur derzeitigen Vollversammlung ist Freitag, 19. September, der 15-köpfige Sicherheitsrat der UNO dringend und zum 6. Mal seit Ausbruch des US/Israeli-Vernichtungsfeldzugs im Oktober 2023, zusammengetreten. Es handelte sich übrigens um die 10'000. Sitzung des Sicherheitsrates – die Zehntausendste seit 1945! Als Exekutiv-Organ der Weltorganisation wollte der Sicherheitsrat am Freitag den «Kriegsparteien» den Waffenstillstand diktieren und u.A. die Freilassung noch lebender israelischer Geiseln und palästinensischer Gefangener erwirken.

Das Ergebnis ist bekannt und war so zu erwarten: 14 Länder, inklusive die Vier mit Veto-Privileg (Russland, China, Frankreich und Grossbritannien), fordern die Waffenruhe, während Israels Hauptwaffenlieferant und Hegemonialchef, die USA, zum 6. Mal mit ihrer Veto-Stimme die Waffenruhe blockieren. Somit verlängern sie zum sechsten Mal den mörderischen, nunmehr 23 Monate dauernden Vernichtungsfeldzug. Der wird inzwischen Genozid genannt. Eine Veto-Macht manipuliert die 14 Ratsmitglieder.

«Leere Worte» zwischen Trump-Donald und dem Plenum

Auslöser der totalen Zerstörung von Gaza war der Massaker-Angriff am 7. Oktober 2023 der palästinensischen Terror-Miliz Hamas auf jüdische Festgänger und auf israelische Panzerfahrer sowie Geiselnahme jüdischer Zivilisten. Die Trump-Regierung der USA hat dem Chef der palästinensischen Autonomie-Behörde Mahmoud Abbas, der allerdings mit Hamas nichts zu tun hat und sich von der Miliz distanziert, von der Westbank die Einreise zur jetzigen UN-Vollversammlung verboten. Das UN-Sekretariat hat Abbas am Montag jedoch über zwei riesige Schirme vor dem grossen Plenum das Wort verliehen. Der Trump-Donald konnte das nicht verhindern.

Am Tag darauf, am Dienstag dieser Woche, hat der US-Präsident selbst das Rednerpult der Vollversammlung betreten und die UNO bezichtigt, nur «leere Worte» zu gebrauchen. Die Mehrheit der Länder der Vollversammlung, die die zwei Palästinenser-Gebiete nun als Staat anerkennen, hat Trump scharf gescholten und verbal angegriffen. Und vor der Kulisse des sechsmaligen US-Vetos gegen eine Waffenruhe in Gaza hat er vor der Vollversammlung dann theatralisch beteuert, dass er sich für den Waffenstillstand einsetze. Soeben hatte er die UNO der «leeren Worte» bezichtigt!

Die monopolistische, undemokratische Veto-Struktur des Weltsicherheitsrates haben die wahren und halben fünf Siegermächte des 2. Weltkriegs: Sowjetunion, USA, China, Grossbritannien und Frankreich 1945 bei der Gründung der UNO an sich gerissen. Nach der Entkolonisierung der Kontinente klammern sie immer noch daran. Dabei muss unterschieden werden, dass Frankreich nicht gesiegt hat sondern befreit wurde und Grossbritannien nach dem Rauswurf bei Dunkirk erst mit der alliierten Invasion wieder auf dem Festland Fuss fassen konnte. Bei der Gründung 1945 bestand die UNO aus 51 Ländern, darunter das Dominion Südafrika und sein Mandatsgebiet Südwestafrika. Obwohl die UNO jetzt 193 Mitgliedsstaaten zählt, halten die fünf Veto-Mächte krampfhaft am exklusiven Vetorecht fest.

Vollversammlung will US-Veto umschiffen

Um die andauernde Kriegstreiberei und das Veto der USA mit Israel im täglich tödlichen Beschuss der Zivilbevölkerung und der Zerstörung von Gaza zu umschiffen, hat die UN-Vollversammlung am Montag nun in der Flucht nach vorn mit überwältigender Mehrheit einen/den palästinensischen Staat geschaffen – auf Papier wenigstens. Denn das Territorium Gaza ist ein totaler Schutthaufen mit elend entwurzelten und verscheuchten Menschen. Und das palästinensische Autonomie-Gebiet Westbank – Territorium 2 – ist mit ständig illegal wachsenden israelischen Neusiedlungen durchsetzt. Israelische Siedler vertreiben unter Schutz israelischer Militärs und mit US-amerikanischer Zustimmung Palästinenser von ihren Gehöften. Im zaristischen Russland hiess die Vertreibung von Juden «Pogrom», was jetzt mit Palästinensern in der Westbank geschieht. Die Palästina-freundlichen UN-Mitglieder stehen hier vor einer gewaltigen Aufgabe, wie sie hieraus einen Staat gründen wollen.

Der Bock ist der Gärtner

Die inzwischen verkrustete Weltorganisation war 1945 nach dem katastrophalen 2. Weltkrieg explizit als internationale Körperschaft gegründet worden, um Frieden zu schaffen und zu erhalten. Der Völkerbund hatte das nicht geschafft. Heute verlängern die zwei kriegführenden und kriegstreibenden Grossmächte des Sicherheitsrates, die USA und Russland, ihre «Privatkriege» durch Missbrauch ihrer Veto-Stimme.

Die UNO ist in dieser Situation zum Wahnwitz geworden. Der Bock ist hier Gärtner. Präsidentin Nandi Ndaitwah hat sich im Namen Namibias in den ersten Tagen schon bei der Zehnergruppe Afrikas angeschlossen, sich nunmehr seit 20 Jahren um UN-Reformen bemüht, so dass der Kontinent Afrika einen permanenten Sitz im Weltsicherheitsrat erhält. Mit Veto-Recht versteht sich. Angesichts der verkrampt verkorksten fünf Veto-Mächte der vergangenen 80 Jahre sind die Chancen bleddywell gering.

Die afrikanische Zehnergruppe sollte sich ein Beispiel an namibischen Beesterfarmern nehmen, die dem staatlich manipulierten Meatco-Betrieb den Rücken kehren und ein eigenes Unternehmen aufbauen. 's muss ja nicht gleich 'ne neue Weltorganisation sein.

Quelle: Namibische Allgemeine Zeitung

Beitragsbild: Screenshot UN-Versammlung

Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog/der-wahnwitz-der-uno-ein-mitglied-gaengelt-192-andere/>

Drohnen, Drohnen über alles, überall Trump unterstützt NATO-Drohung

Autor: Uli Gellermann, Datum: 24.09.2025

Wer deutsche Medien nutzt, findet überall und immer wieder die Behauptung, Russland würde über diesem oder jenem Land Drohnen fliegen lassen. Natürlich in böser, böser Absicht. Die Meldungen sind dann von dieser Qualität: «Der Experte erläuterte, dass die Drohnen beispielsweise von der russischen Exklave Kaliningrad aus gesendet worden sein könnten – auch wenn die Entfernung von dort nach Oslo gross ist. Das könnte vielleicht wahrscheinlich machen, dass sie von einem Schiff aus gestartet wurden, sagte der Militäranalytiker. Auch er hält es derzeit für wahrscheinlich, dass Russland dahintersteckt.» Der Text aus der «Frankfurter Rundschau» schreibt von «wahrscheinlich», von «sein könnte» und zitiert einen ungenannten «Militäranalytiker». Da soll der Konjunktiv die Kriegskonjunktur beleben.

Drohnen aus der Ukraine

Dass die jeweiligen Drohnen aus der Ukraine kommen könnten, das darf in deutschen Medien nicht mal erwogen werden. Obwohl die ukrainische Aeroroswidka («Luftaufklärung») mit der R18-Drohne eine eigene Waffe entwickelt hat. Mit 100'000 Dollar pro Stück ist diese Drohne vergleichsweise billig.

Farbe bekennen?

Die früher seriöse «Berliner Zeitung» beginnt mit einem Fragezeichen: «Steuerte Russland Drohnen absichtlich nach Polen?» Das ist natürlich nur ein Alibi-Fragezeichen. Hauptsache, man hat «Drohnen» und «Russland» in einer Überschrift untergebracht. Die Tagesschau erledigt den Fall so nebenbei: «Der Vorfall wird als Provokation aus Moskau verstanden.» Wer versteht was, warum? Das will der angebliche Tagesschau-Journalist nicht sagen, er müsste ja Farbe bekennen.

Das kann man gar nicht erst ignorieren

Einen echten Höhepunkt liefert der Westberliner «Tagesspiegel», wenn er die dänische Ministerpräsidentin zitiert: «Ich kann überhaupt nicht zurückweisen, dass es Russland ist.» Das hat die skurrile Qualität von Karl Valentin: «Das kann man gar nicht erst ignorieren!» Leider ist die dänische Ministerpräsidentin nicht komisch, sondern liefert einen Beitrag zur Hetze gegen Russland, den der «Tagesspiegel» brav apportiert.

So macht man Vor-Krieg!

Aber während die üblichen Medien nur im agitatorischen Vorfeld gefährlich sind, ist der Präsident der USA leider mit allen militärischen Möglichkeiten ausgestattet, wenn er auf eine Reporterfrage, ob er denn die baltischen Staaten verteidigen würde, antwortet: «Ja, das würde ich. Das würde ich.» Die Aktion ist deshalb Teil der Hetze gegen Russland, weil Russland die baltischen Staaten nicht bedroht.

So kann man auch am Krieg verdienen

Der gefährliche Herr Trump geniesst leider bei manchen alternativen Medien immer noch Vertrauen, wenn dort von «Trump's Weg aus der Ukraine-Sackgasse» geschwafelt wird. Wer den Russen mit einer «Verteidigung» droht, obwohl sie die baltischen Staaten nicht angreifen, der baut an einer Autobahn nach Moskau, auf der er prima Panzer rollen lassen kann. Es war der Zeitungs-Tycoon Randolph Hearst, der zum medialen

Auflagen- und Quoten-Konzept sagte: «You furnish the pictures. I'll furnish the war.» («Sie liefern die Bilder. Ich liefere den Krieg.») Auch so kann man am Krieg verdienen.

Klartext-Trump

Trump's Wortschwall muss häufig übersetzt werden. Aber in diesen Tagen redet er Klartext. Bei einem Treffen mit Selensky schwenkte er auf die alte Linie der USA ein: Die Ukraine könnte nicht nur ihr besetztes Land zurückerobern, sondern «wer weiss, vielleicht sogar noch weiter gehen». Schliesslich nannte er Russland einen «zahnlosen Tiger» und machte sich selbst Mut: «Ich denke, dass die Ukraine mit der Unterstützung der Europäischen Union in der Lage ist, zu kämpfen und die gesamte Ukraine in ihrer ursprünglichen Form zurückzugewinnen.» Trump führt nicht aus der Sackgasse, Trump ist die Sackgasse.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/drohnen-drohnen-ueber-alles-ueberall>

Was haben Nationalsozialisten – die Sozialisten der DDR – und die woken links-grünen Sozialisten gemeinsam?

Claudia 56, 10.10.2025, 18:06

Im «Focus» habe ich einen tollen Beitrag gefunden. Am Ende dieses Beitrags gib es einen Link dazu. Ein etwas längerer Artikel aber sehr lesenswert. Interessant finde ich den Vergleich der Linken zu Hitler. Und das ist ja auch so. Während wir im Westen einen grösseren Abstand zum Hitlerreich einnahmen, hat die linke DDR ja genauso weiter gemacht wie bei den Nationalsozialisten. Da gibt es ganz viele Parallelen, die man nicht so einfach vom Tisch wischen kann.

In der linken DDR existierte ja auch so etwas weiter wie die Hitlerjugend, Bund Deutscher Mädchen, nur unter anderem Namen. Es gab auch weiterhin Bespitzelung, Denunziation, Umerziehung, Gleichschaltung der Medien, Propaganda. Und eben auch, dass alles was nicht der eigenen Ideologie entsprach, verfolgt werden musste. Die Leute, die der vorgegebenen Ideologie nicht folgen wollten, mussten mundtot gemacht werden, das waren die Feinde der Gesellschaft, man zerstörte ihre Familien, und liess sie in Gefängnissen vergammeln.

Aber auch den Antisemitismus gab es nicht nur von rechts, nein er war auch immer links Zuhause.

Und heute? Wer sind denn die, die ihre Feinde, alle die nicht ihrer Ideologie entsprechen, mit allen Mitteln bekämpfen wollen? Es sind die Leute links der Mitte, die woken Links-Grünen. Deren linke Ideologie ist der der DDR und damit auch der des Hitlerreichs nicht unähnlich.

Sie sagen zwar, dass sie die Demokratie schützen wollen, aber sie zerstören sie mehr als sie denken.

Sie töten mit ihrem Kampf gegen Rechts die Meinungsfreiheit, so wie in der DDR und im Hitlerreich. Die wählten sich ja auch im Recht, die Meinungsfreiheit nur auf die ihrer Ideologie zu beschränken und die Andersdenkenden rigoros zu verfolgen.

Am liebsten würden die woken Links-Grünen auch die Wahlfreiheit beschränken, damit niemand mehr «falsch» wählen kann. Man will einfach die Parteien, die einem gefährlich werden können, verbieten, oder zumindest die Wähler so bearbeiten, damit sie sich nicht mehr trauen eine andere als eine woken links-grüne Partei zu wählen.

Propaganda im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist schon längst Alltag. Da wird die woke und links-grüne Ideologie so in den Mittelpunkt gestellt, so als ob es nichts anderes mehr geben darf. Es ist immer das gleiche Spiel. Wer die woke und links-grüne Sache vertritt gehört zu den Guten – jeder der dem nicht entspricht ist böse. Und das, wo doch der ÖRR von ALLEN Bürger finanziert wird, nicht nur von den woken Links-Grünen, das ist schon dreist. Neutralität scheint heute ein Fremdwort zu sein.

Die Umerziehung durch den ÖRR ist im Gange. Aber auch in den Unis werden die jungen Leute auf die woke links-grüne Linie gedrillt, das gilt längst auch für die Schulen, und selbst in den Kindergärten wird unseren Kleinsten schon der Ganze woke links-grüne Wahn beigebracht. Ganz wie man das aus finsternen Zeiten her kennt, man manipuliert die Kinder und Jugendlichen für seine Sache.

Denunziation ist heute auch wieder erwünscht. Man bekommt heute viel Zuspruch, wenn man seinen Nachbarn bespitzelt, und verrät, wenn er gegen die woke links-grünen Ideologie ist, vielleicht sogar eine Ehrenmedaille vom Bundespräsidenten persönlich. So weit ist das schon, dass der Bundespräsident der eigentlich der Bundespräsidenten ALLER Deutschen sein sollte, sich gegen einen Teil seines eigenen Volkes stellt, wenn das nicht woke und links-grün ist. Schliesslich haben ALLE diese woke und links-grüne Ideologie zu unterstützen, scheint die Meinung dieser woken links-grünen Politiker zu sein.

Auch mit unserer Rechtsprechung stimmt es schon länger nicht mehr. Jeder, der nicht der woken links-grünen Ideologie entspricht muss verfolgt werden auch das haben wir schon längst wieder. Bei diesen «Abweichlern», von der woken links-grünen Ideologie wird schon ganz anders Recht gesprochen als bei allen anderen, bei denen man meist zu grosse Milde anwendet.

Da kann es dann schon vorkommen, dass man einen sogenannten Reichsbürger (der keine Tat begangen hat) härter bestraft als ein Mörder oder Vergewaltiger dem man seine Tat nachweisen kann. Wenn der Migrationshintergrund hat, dann wird der sehr milde bestraft, sogar oft noch bis weit über 20 Jahren nach Jugendstrafrecht.

Manche Straftaten werden auch gar nicht mehr bestraft, wenn der Täter Migrationshintergrund hat. Dass ja kein schlechtes Licht auf die Migration fällt, werden Taten von Menschen mit Migrationshintergrund einfach so hingenommen, welche bei rechten Straftätern selbstverständlich mit voller Härte bestraft würden. Antisemitismus gibt es auch von links. Das sieht man heute sehr schön, wenn man sich Palästinenser-Demos anschaut. Aber auch sonst werden heute wieder die Juden in Deutschland verfolgt und zwar von den ideologischen Anhängern der woken Links-Grünen. Juden müssen in Deutschland wieder um ihr Leben fürchten. Das empfinde ich als Schande für unser Land. Antisemitismus darf nie wieder als etwas Normales hingenommen werden. Wir dürfen deshalb kein Einwanderungsland für Antisemiten sein.

Wen wundert es dann eigentlich noch, dass die Bürger kein Vertrauen mehr in die etablierten Parteien haben? Dass sie die einzige Alternative, die Deutschland noch bietet, wählen?

Denn auch die konservativen Parteien CDU/CSU machen bei der woken links-grünen Ideologie mit, bzw. lassen sich davon beeinflussen. Die Mehrheit der Bürger wählt rechts der Mitte und bekommt weiterhin woke links-grüne Politik. Das ist doch Irrsinn.

Die CDU/CSU müssen sich mit einer Brandmauer von denen abgrenzen, die nicht woke und links-grün sein wollen. Wenn mal einer etwas sagt, was den woken links-grünen Medien nicht gefällt, dann wird der nämlich in der Luft zerrissen.

Es kommt einem vor, als ob die woken links-grünen Medien wie ein römischer Cäsar, über den Politikern den Daumen heben und senken können, ganz nach ihrem Gusto. Wenn Jemand nicht bei dem woken links-grün Wahn mitmachen will, dann wird er den Raubtieren zum Frass vorgeworfen.

Diese woke links-grüne Ideologie ist ein direkter Weg in eine Diktatur, denn wenn man keine andere Meinung mehr zulassen will und sich alles ausschliesslich nur nach dieser einen Ideologie zu richten hat, muss man die Demokratie abschaffen um das durchzuziehen.

Die Ähnlichkeit dieser Ideologien, von den Nationalsozialisten - über die Sozialisten der DDR – bis zu den woken links-grünen Sozialisten, ist nicht mehr zu übersehen.

Übrigens mit dem Ganzen mundtot machen und ächten, machen sie bis jetzt ihre Gegner nicht kleiner, sondern grösser.

Es ist es ihnen noch nicht ganz gelungen ihre Ideologie als die einzige allgemein gültige einzuführen. Da wehrt sich das Volk (noch).

Aber der Kampf gegen den «rechten Feind» wird ja weitergeführt, auch unter einem CDU-Kanzler. Es werden ja immer mehr Gesetze eingeführt um die bösen Abweichler in Fassung zu bringen. Deshalb muss man immer auf der Hut sein. Am Ende wird man in einem sozialistischen Land wach, welches der DDR oder dem Hitlerreich sehr ähnelt.

Hier der versprochene Link: https://www.focus.de/politik/deutschland/woher-kommt-die-panische-angst-vor-dem-label-rechts_c6403149-797a-4395-b7a4-d9b376332680.html

Quelle: <https://www.fischundfleisch.com/claudia56/was-haben-nationalsozialisten-die-sozialisten-der-ddr-und-die-woken-links-gruenen-sozialisten-90610>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
2.10.2025



Deckte einen immensen Machtkampf um Nahrung auf: Journalist Nathan Halverson. © Magnolia Pictures

«Wer das Essen kontrolliert, kontrolliert die Leute»

Wegen der Klimakrise befürchten Reiche und Mächtige Hungersnöte. Ein Dok-Film zeigt, wie sie sich Essen und Wasser sichern.

Pascal Sigg

Im Jahr 2014 erhält der amerikanische Investigativ-Journalist Nathan Halverson einen Anruf. Er soll sich die Übernahme des US-Nahrungsproduzenten Smithville Foods durch einen chinesischen Konzern mal genauer anschauen. Quasi über Nacht hatten die Chinesen jedes vierte amerikanische Schwein gekauft.

Die US-Öffentlichkeit war alarmiert. Es gab Anhörungen im Parlament, denn über allem kreiste die Frage: Steckte der chinesische Staat dahinter? Halverson machte sich an die Recherche, reiste nach China, traf Chefs und erhielt Berge von Dokumenten. So konnte er beweisen: Die staatlich kontrollierte Bank of China wickelte den Deal ab, indem sie innert kürzester Zeit fünf Milliarden Dollar zur Verfügung stellte. Die Übernahme entpuppte sich als Staatsangelegenheit.

So beginnt der Dokumentarfilm «The Grab» der US-Regisseurin Gabriela Cowperthwaite. Deutscher Titel: «Nahrung für alle? Der geheime Krieg um unsere Ressourcen».

Wo kann man den Film schauen?

Der Film ist in der Schweiz via Swisscovery-Datenbank der Hochschulbibliotheken auf der Filmplattform Alexander Street (Academic Video Online) zu sehen. Dafür wird ein entsprechendes Login benötigt (z.B. Switch edu-ID). Aus Deutschland ist er frei via Arte-Mediathek zugänglich.

Der Film enthüllt, dass die chinesische Übernahme des US-Konzerns Teil eines grösseren, geopolitischen Ringens um Nahrungssicherheit ist. Halverson bringt seine Erkenntnis in einem ausführlichen Interview mit dem Podcaster Theo Von auf den Punkt: «Die Reichen und Mächtigen versuchen immer stärker Essen und Wasser zu kontrollieren. Denn wer das Essen kontrolliert, kontrolliert die Leute.»

Bis er diesen brisanten Zusammenhang versteht, dauert es aber lange. Regisseurin Cowperthwaite begleitete Halverson und zwei Kolleginnen während sechs Jahren auf ihrer Recherche. Wer den Film schaut, macht dieselbe Erfahrung wie die JournalistInnen. Die Zusammenhänge erschliessen sich erst nach und nach.

Im Fall Halversons geschieht dies auf drei verschiedenen aber zusammenhängenden Wegen:

Erstens: Verschiedene Geschichten über die Jahre

Als Journalist recherchiert Halverson über viele Jahre hinweg am gleichen Stoff. So stösst er auch auf ein grosses Landstück im US-Bundesstaat Arizona, welches von einer saudiarabischen Firma gekauft wurde. Diese baut darauf das Futtergewächs Luzerne an und braucht es, um damit im eigenen Land Rinder zu füttern.

Der Grund: Saudiarabien geht das Wasser aus. In den 1990er-Jahren war das Land mal sechstgrösster Weizen-Exporteur der Welt. Doch heute sind die Grundwasser-Ressourcen aufgebraucht. In Arizona hingegen ist die Wassernutzung kaum reguliert. Wer Land besitzt, darf eine eigene Quelle erschliessen und dafür so tief bohren wie er will.

Halverson beginnt zu verstehen: Der Klimawandel betrifft alle Länder unterschiedlich. Und Nahrung und Wasser werden zu geopolitisch wertvollen Ressourcen. Russland hat dies ebenfalls verstanden. Dem Land erschliessen sich mit der Erderwärmung immense Grünflächen, die als Weideland genutzt werden können.



Fleischproduktion als geopolitisches Manöver: Riesige Rinderfarm in Russland.

© Magnolia Pictures

Deshalb investiert das Land auch strategisch in die Fleischproduktion und heuert etwa Cowboys aus den USA an, um eigene Bauern auszubilden. Der CEO eines grossen russischen Fleischproduzenten sagt im Film: «In Zukunft wird Nahrung die Welt beherrschen und Russland politische Stärke verleihen. Viel stärker als Öl oder Waffen. Das ist sicher.»

China hingegen verfügt bereits heute nicht mehr über genügend Wasser, um die eigene Bevölkerung zu ernähren. Deshalb werden Esswaren als Ersatz für Wasser importiert, welches gebraucht würde, um die Nahrung im eigenen Land herzustellen. Denn wer Fleisch produzieren will, braucht Futter. Und wer Futter produzieren will, braucht Wasser für die Pflanzen.

Wie gefährlich Nahrungsmittelknappheit werden kann, wissen die Chinesen genau. Zwischen 1959 und 1961 plagte das Land eine immense Hungersnot. Sie ist immer noch Tabuthema und es ist unklar, wie viele Menschen damals starben. Gewisse Schätzungen gehen von bis zu 30 Millionen Toten aus. Die heutige Führungsriege der Kommunistischen Partei um Xi Jinping hat diese Katastrophe am eigenen Leib erlebt.

Zweitens: Die Emails

Halverson wird ein Datensatz mit Tausenden Emails der Firma Frontier Resources Group zugespielt. Dabei handelt es sich um ein Unternehmen des US-Amerikaners Erik Prince. Der Ex-Armeeoffizier hatte zuvor das private Söldnerunternehmen Blackwater gegründet, damit im Irakkrieg viel Geld verdient und es später verkauft. Das neue Unternehmen war nun darauf spezialisiert, Agrarland zu erschliessen und zu sichern.

Die Emails zeigten nicht nur, wer dies tut, sondern auch wie es geschieht. Sie enthalten präzise Analysen darüber, wo es 2012 das wasserreichste Land zum günstigsten Preis gab: in Sambia. Da findet Halverson 2017 Menschen, die von ihrem Land verjagt wurden und nun in Zelten hausten. Zu den Kunden der Firma gehörte beispielsweise ein Investitionsfonds der Vereinigten Arabischen Emirate, gesteuert vom Sicherheitsbeauftragten des Landes, für welchen Blackwater bereits eine Privatarmee aufgebaut hatte.



Weisse vertrieben sie von ihrem Land: Bäuerin in Sambia. © Magnolia Pictures

Drittens: Historische Neubetrachtung von Konflikten

Derartige Zusammenhänge bringen Halverson auch dazu, grosse, bekannte Konflikte neu zu beurteilen. Die Aufstände des «Arabischen Frühlings», etwa in Syrien oder Ägypten, gehen auf sprunghaft gestiegene Nahrungsmittelpreise zurück. Extreme Trockenheit führte zu Buschbränden in Russland, worauf das Land den Export der restlichen Ernte stoppte. Dies wiederum führte zu Panik an den internationalen Märkten und stark erhöhten Preisen.

Halverson im Film: «Die Russen behielten die Ernte, damit sie die eigenen Rinder nicht schlachten mussten.» Und weiter: «Andere Länder sahen, was im Arabischen Frühling geschah. Sie sahen, was geschah, wenn die Preise für Essen stark anstiegen. Und sie sagten sich: Wir müssen unser Essen kontrollieren, wenn wir unsere politische Stabilität behalten wollen.»

Der Film zeigt weiter, dass es sich bei den somalischen Piraten um Fischer handelte, deren Bestände von grossen ausländischen Fischereiunternehmen leergefischt worden waren.

Über den russischen Angriff auf die Ukraine sagt Halverson: «Wir sehen ein Land, das ein anderes Land einnehmen will, wodurch es zum mächtigsten Nahrungsmittelexporteur der Welt würde.» Und Anuradha Mittal, Leiterin einer NGO, die sich vertieft mit Landgrabbing beschäftigt sagt im Film: «Wir müssen den Kampf für die Ukraine nicht als Kampf für die Demokratie verstehen. Sondern einmal mehr als Kampf um Ressourcen und ihre Kontrolle.»

Das Fazit Halversons: Es sei nachvollziehbar, dass Länder wie die USA, China, Russland, Saudiarabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate die Ernährung ihrer Bevölkerung sicherstellen wollen. Denn der Klimawandel wird dazu führen, dass es immer mehr Orte gibt, wo Wasser fehlt und mehr Orte mit zu viel Wasser. Er gibt aber zu bedenken: «Wir sehen nicht, dass sich die Weltgemeinschaft diesem Konflikt offen stellt. Wir sehen bloss, dass viele Nationen versuchen, sich im Verborgenen so viele Ressourcen wie möglich zu sichern.» Dabei gäbe es mehr als genug Essen auf der Erde.

Was tut die Schweiz?

Im weltweiten Ringen um Nahrung spielt die Schweiz eine wichtige Rolle. Deshalb könnte sie Einfluss auf die Konflikte nehmen. Wie sie dies tun könnte, erklärt Expertin Silvie Lang im Interview.

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

3.10.2025



«Die Schweiz ist ein wichtiger Teil des gesamten Machtapparats, in welchem um den Zugang zu Nahrung gerungen wird.» Silvie Lang von Public Eye im Interview. © Public Eye

«Die Schweiz muss ihre Agrarkonzerne unter die Lupe nehmen»

Mächtige Schweizer Agrarkonzerne mischen im Ringen um Nahrung mit. Expertin Silvie Lang sagt, warum das verpflichtet.

Pascal Sigg

Der Dokumentarfilm «The Grab» zeigt, wie Reiche und Mächtige sich auf der ganzen Welt Wasser und Lebensmittel sichern (Infosperber berichtete). Im Interview erklärt Silvie Lang von Public Eye, welche Rolle die Schweiz in diesem verborgenen Verteilungskampf spielt.

Expertin für globalen Agrarrohstoffhandel

Silvie Lang ist bei der NGO Public Eye Co-Leiterin des Teams Recherche & Advocacy. Davor war sie über acht Jahre für den Bereich Agrarrohstoffe zuständig und recherchierte zu deren Handel sowie den Missständen im Anbau.

Frau Lang, der Film «The Grab» zeigt, wie der Kampf um fruchtbares Land und Wasser aufgrund der Klimakrise weltweit zunimmt. Sehen Sie diese Entwicklung auch?

Ja, wir sehen diese auch. Der Zugang zu Land ist zunehmend beschränkt. Oft sind weder Landtitel noch Nutzungsrechte geregelt oder diese basieren auf Gewohnheitsrecht und werden von Staaten nicht anerkannt. Der Film trifft einen Nerv der Zeit und wir sehen auch Links zur Schweiz. Die Schweiz ist ein wichtiger Teil des gesamten Machtapparats, in welchem um den Zugang zu Nahrung gerungen wird.

Die Schweiz ist der grösste Handelsplatz für Agrarrohstoffe. Über 50 Prozent des Getreides, 40 Prozent des Zuckers sowie jede dritte Kaffee- und Kakaobohne werden von Schweizer Tradern gehandelt. Wie hat sich der Handel in den letzten Jahren verändert?

Die Handelsunternehmen dehnen sich auf weitere Stufen der Wertschöpfungskette aus. Sie dringen zunehmend auch in den Anbau, die Verarbeitung oder die Logistik vor.

Weshalb?

Da können sie besonders rentabel wirtschaften. Die Branche ist sehr ressourcenintensiv. Im reinen Handel muss man deshalb grosse Volumen umsetzen, um Gewinne zu erzielen. Aber gerade bei sogenannten «Flex Crops» wie Zuckerrohr, Mais oder Palmöl ist der Anbau lukrativer, weil man situativ entscheiden kann, wie und zu welchem Preis man den Rohstoff weiterverarbeitet und verkauft. Bei arbeitsintensiven kleinbäuerlich angebauten Rohstoffen wie Kaffee ist dies viel weniger lukrativ. Zudem: Je näher die Unternehmen an der Produktion sind, desto mehr Kontrolle erhalten sie über Qualität und Menge der Produkte.

Was wissen wir über die hierzulande involvierten Unternehmen? Und wie sind die Banken am Geschäft beteiligt?

Insgesamt wissen wir nicht sehr viel über die Firmen. Cargill etwa, der weltweit grösste Agrarhändler, ist im privaten Besitz einer Milliardenfamilie. Die Firma muss nicht sehr transparent sein. Auch zum Gesamtsektor fehlen in der Schweiz nach wie vor grundlegende Daten wie gesicherte Zahlen zur Wertschöpfung oder zu den Warenflüssen der gehandelten Rohstoffe. Aber der Handel ist hierzulande schon gross, weil es einen

grossen Finanzplatz gibt. Die Schweizer Banken sind im Vergleich zwar nicht so relevant als Kreditgeber, aber bei der sogenannten transaktionalen Handelsfinanzierung, also bei der Finanzierung einzelner Handelsgeschäfte sind sie für die Händler wichtig.

Sind auch ausländische Staatsfonds in der Schweiz tätig?

Wohl kaum, dafür ist die Schweiz schlicht zu klein. Aber wie der Film auch zeigt, gibt es Länder, die zunehmend in Agrarhandelsfirmen investieren. ADQ etwa, der Investment-Fonds der Vereinigten Arabischen Emirate, hält 45 Prozent an der Louis Dreyfus Company, einem der grössten Agrarhändler mit operativem Hauptsitz in Genf.

Was könnte die Schweiz tun, um die im Film beschriebenen Missstände zu anzugehen?

Auf internationaler Ebene gäbe es Standards, wie die UNO-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte. Die Schweiz müsste sich viel stärker für deren Einhaltung einsetzen, in dem sie ihre Firmen dazu verpflichtet, bei Geschäften im Ausland Sorgfaltsprüfungen vorzunehmen. Also Risiken von beispielsweise Menschenrechtsverletzungen zu prüfen und Schäden wiedergutzumachen. Im Prinzip ist es das, was wir mit der neuen Konzernverantwortungsinitiative wieder versuchen. Zudem braucht es dringend eine Aufsichtsbehörde, um sicherzustellen, dass keine illegal angebauten Rohstoffe in die Lieferketten von Schweizer Firmen gelangen.

Wie steht es derzeit in dieser Hinsicht?

Auf dem Verordnungsweg wurde 2022 zwar eine Sorgfaltspflicht für Unternehmen eingeführt. Diese beruhte auf dem Gegenvorschlag zur ersten Konzernverantwortungsinitiative. Die Verordnung beschränkt sich aber auf Kinderarbeit und Konfliktmineralien. Weitere gravierende Missstände wie Zwangsarbeit oder Landgrabbing sind also ausgenommen. Dies ist für uns nicht nachvollziehbar. Zudem müssen die Unternehmen nur genauer hinschauen, wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass zum Beispiel Kinder ausgebeutet wurden.

Das reicht nicht?

Keineswegs. Entscheidend ist doch: Wie kommt dieser Verdacht zustande? Manchmal ist es offensichtlich, weil man um das Risiko weiss. Wir wollen aber, dass die Firmen grundsätzlich hinschauen müssen. Sie müssen abklären, ob ein Risiko besteht und ob sie genug unternehmen, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen vorzubeugen. Die neue Initiative wurde auch lanciert, weil das Vorgehen des Bundes für uns hier zu schwach und nicht international abgestimmt ist. Der Bundesrat ist derzeit daran, einen Gegenvorschlag zur neuen Konzernverantwortungsinitiative auszuarbeiten – wir sind gespannt.

Und wie gross ist das ausländische Interesse an Schweizer Agrarressourcen?

Es ist klein, vor allem im Vergleich zu den grossen oder spezialisierten Agrarproduzenten wie Brasilien oder der Côte d'Ivoire, die durch ihr exportorientiertes Entwicklungsmodell viel abhängiger von diesen Ressourcen sind. Sie sind viel stärker von einem auch geopolitisch motivierten Interesse an ihrem Land betroffen. Aber der Kampf um Ressourcen besteht im Grundsatz auch in Europa. Und auch die Schweiz will sich so gut wie möglich selber versorgen können. Beim Wasser sehen wir zum Beispiel, dass Nestlé Quellen anzapft. Aber der grosse Hebel der Schweiz in diesem Bereich besteht eindeutig bei den hier ansässigen Agrarkonzernen, welche diesen Sektor dominieren.

Trump setzt Kampf gegen Antifa um – Soros an 1. Stelle

Von Redaktion Ungarn, Okt. 10, 2025



Donald Trump empfing am Mittwochnachmittag unabhängige amerikanische Journalisten im Weissen Haus, um gemeinsam mit Medienschaffenden das Antifa-Netzwerk zu kartieren und Organisationen zu entlarven, die die extremistische Bewegung unterstützen und in den letzten Jahren sogar staatliche Gelder erhalten haben.

Trump hat ja der gewalttätigen linksextremen Gruppe nach der Ermordung von Charlie Kirk den Kampf angesagt. Und er betonte bei dem Treffen am Mittwoch auch: «Diese bezahlten Anarchisten ruinieren unser Land.»

Die US-Regierung werde entschlossen gegen Antifa-Terroristen vorgehen. Trump bat eingeladene Medienschaffende, ihm bei der Suche nach Organisationen zu helfen, die hinter linksextremen Aktivisten stecken könnten. Dabei fielen die Namen mehrerer NGOs, welche die Antifa unterstützten. Zudem stellte sich heraus, dass die ehemalige US-Regierung selbst diese Organisationen mit mehr als 100 Millionen Dollar unterstützt haben könnte. Unter den genannten NGOs wurde George Soros Netzwerk der «Open Society Foundations» als erste aufgeführt. Weiters aber auch «Arabella Funding Network», «... ein in Washington, D.C., ansässiges, gewinnorientiertes Beratungsunternehmen, welches linksgerichtete Spender und gemeinnützige Organisationen bei der Vergabe von Geldern berät. Hinter mehreren Zuschüssen an die Demokratische Partei ist deren Herkunft unklar.»

Ausserdem stehen auf der Liste auch «The Tides FISHing Network», der US-Geschäftsmann und Aktivist Neville Roy Singham und dessen Netzwerk sowie der Schweizer Geschäftsmann Johann Georg «Hansjörg» Wyss. Neben Wyss sollen auch andere ausländische Geschäftsleute die Antifa und andere linksextreme Organisationen erheblich finanziell unterstützt haben.

100 Millionen an US-Steuergeldern?

Einer der Teilnehmer des Runden Tisches äusserte sich schockiert, dass mehr als 100 Millionen Dollar an US-Steuergeldern in den Taschen der Organisationen gelandet seien.

An dem zweistündigen Treffen nahmen neben US-Präsident Donald Trump auch Generalstaatsanwältin Pam Bondi, Heimatschutzministerin Kristi Noem, FBI-Direktor Kash Patel, der stellvertretende Justizminister Todd Blanche, der stellvertretende Stabschef des Weissen Hauses für politische Angelegenheiten und Berater für innere Sicherheit, Stephen Miller, und die Pressesprecherin des Weissen Hauses, Karoline Leavitt, teil.

Die unabhängigen Medien wurden laut «Fox News» von Nick Sortor, Cam Higby, Jonathan Choe, Andy Ngo, Katie Daviscount, James Klug, Savannah Hernandez, Nick Shirley, Brandi Kruse und Julio Rojas vertreten. (mandiner)

Quelle: <https://www.unser-mittleuropa.com/178542>

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
6.09.2025



Arbeiter besprüht Obstbäume mit Pestiziden © dusanpetkovic/Depositphotos

Gegen Umweltgifte ist auch ein gesunder Lebensstil machtlos

Atmen, Essen und Trinken wird zunehmend problematisch. Zwar merken die Einzelnen noch wenig. Aber der Cocktail ist eine Zeitbombe.

Albrecht Kieser/Urs P. Gasche

Was Luftverschmutzung ganz unmittelbar anrichten kann, weiss man von den Menschen, die sich früher in industriellen Ballungsgebieten oder in Städten mit ihren schwarzen Rauchscheiden aus ungefilterten Kaminen durch den Tag und durch die Nacht husteten. Die Lebenserwartung war niedrig. Lungen-, Herz- und Hautkrankheiten waren Alltag.

Mit strengeren Umweltgesetzen hat der Westen die akuten Gefahren industrieller Produktionsweisen stark reduziert und auch mit Kohle wird nicht mehr geheizt.

Unterdessen lauert jedoch eine schleichende Gefahr: In winzigen Mengen gelangen neue unsichtbare Schadstoffe über Nase und Haut in unser Blut und in unsere Lunge. «Dieser Umweltbelastung kann heute niemand mehr entgehen», warnte Umweltredaktor David Wallace-Wells in der «New York Times».

Vielleicht töte eine neuartige Schadstoffexposition nur ganz wenige der Belasteten. Doch wenn mehrere Milliarden Menschen exponiert sind, würden sich die Fälle summieren. Das Risiko auf individueller Ebene könne das Gesamtrisiko für die Menschheit nicht realistisch beschreiben. Dieses werde kollektiv, vielleicht ungleich verteilt getragen.

Die neuen Risiken in Kürze.

Fossiler Feinstaub

Menschen pumpen sich täglich mehr als 11'000 Liter Luft in die Lunge – voller Sporen und Mikroben. Das war immer so. Aber heute stecken in dieser Luftsuppe jede Menge industrielle Abfälle. Der als Feinstaub bekannte Dreck, der in erster Linie durch die Verbrennung fossiler Stoffe und den Reifenabrieb verursacht wird, tötet weltweit jedes Jahr Millionen von Menschen. In der Schweiz sterben laut Bundesamt für Umwelt 2300 Menschen vorzeitig daran, in Deutschland laut EU-Umweltagentur 32'000 Menschen.

Bei noch viel mehr Menschen beeinträchtigt Feinstaub die Gesundheit. Es geht um Atemwegserkrankungen, Herzbeschwerden, Entwicklungsstörungen und verschiedene Krebsarten, Demenz und Alzheimer sowie Frühgeburten und niedriges Geburtsgewicht.

Pestizide aus der Landwirtschaft

Von hormonaktiven Pestiziden und anderen hormonaktiven Substanzen sind in erster Linie die Arbeitenden in den Feldern und Weinbergen betroffen. (Siehe Infosperber vom 1. Oktober: «SVP und Bauernverband kastrieren ihre eigenen Söhne».)

In geringerem Mass können auch Wanderer und Jogger Pestiziden ausgesetzt sein. Wallace-Wells schildert die Situation in verschiedenen US-Bundesstaaten:

«Iowa meldet die zweithöchsten Krebsraten des Landes, was einige Forscher und Einwohner dem Einsatz von Pestiziden, Insektiziden und Düngemitteln zuschreiben.

Eine kürzlich durchgeführte Studie hat gezeigt, dass das Leben in der Nähe eines Golfplatzes das Parkinson-Risiko mehr als verdoppeln kann, wahrscheinlich durch die Exposition gegenüber Pestiziden, die auf den Rasen gesprüht werden und in die örtlichen Gewässer sickern.»

Besonders perfide: In den globalen Süden exportieren Chemiekonzerne Pestizide, die in der EU und der Schweiz längst verboten sind, weil sie als krebserregend, erbgutverändernd und fortpflanzungsgefährdend gelten. In südlichen Ländern vergiften sie Menschen, Böden und Gewässer.

Über Rückstände in Lebensmitteln landen einige bei uns verbotene Chemikalien wieder auf unseren Tellern. Fast jede zehnte von EU-Behörden untersuchte Lebensmittelprobe enthält Rückstände von Pestiziden, die in Europa nicht mehr zugelassen sind. Das hat die Verbraucherorganisation foodwatch bei der Auswertung der Daten der Europäischen Lebensmittelbehörde festgestellt.

Plastik mit all seinen Chemikalien

Der Giftcocktail, unter dem die Menschheit leidet, im Norden wie im Süden, enthält seit einigen Jahrzehnten zunehmend Plastik. Wallace-Wells in der «New York Times»:

«Kleinste Plastikteile finden sich im salzigen Meerschäum, der frisch von den brechenden Wellen aufgesprüht wird, in den traumhaften Wolken auf den japanischen Berggipfeln und im Atem der Delfine. Als ein Forscher 2019 die grösste Tiefe des Ozeans im ausserirdisch anmutenden Marianengraben erreichte, stellte er fest, dass Plastik ihn dort bereits erwartete, weit ausserhalb der Reichweite des natürlichen Lichts.»

Plastikreste mit der Ewigkeitschemikalie PFAS und anderen Chemikalien stecken heute im Fleisch von Fischen, in den Stängeln von Pflanzen, im menschlichen Speichel und im Blut, in menschlichen Herzen, Nieren und anderen Organen, in der Milch von Müttern und in der Plazenta, in den Eierstöcken, im Hodengewebe und in menschlichen Spermien.

Beispielsweise finde man heute in den USA in vier von fünf Blutproben kleinste Plastikteile. Über die Langzeitfolgen gebe es enorme Wissenslücken.

Möglicherweise sei es sicherer, Lebensmittel aus industrieller Landwirtschaft zu essen, als neben einem Bauernbetrieb zu leben. Doch es gelte die Regel der kleinen Zahlen in einer grossen Welt: Selbst kleine Effekte würden sich schnell summieren. Entscheidend seien die langfristige Dosis und die Zahl der Belasteten.

Nach drei Jahren Verhandlungsmarathon zwischen 184 Staaten ist das UN-Abkommen gegen Plastikmüll im August 2025 gescheitert. Der Deutschlandfunk meldete: «Ein Abkommen blockiert haben vor allem die erdölexportierenden arabischen Staaten, unterstützt von den USA. Sie lehnten geforderte Produktionsbeschränkungen für Kunststoffe aus Erdöl, Kohle und Gas ab.»

Nach dem Scheitern des Plastikabkommen wird sich die Plastikproduktion in den nächsten Jahrzehnten voraussichtlich verdoppeln oder sogar verdreifachen.

Rückstände von Arzneimitteln

Schliesslich seien Flüsse, Bäche, Seen und Wasserwege zunehmend auch mit pharmakologischen Abwässern durchsetzt: Antidepressiva und Medikamente gegen Angstzustände, Kokain und Methamphetamin, Herzmedikamente und Schmerzmittel. Bis zu 80 Prozent der untersuchten Flüsse in den USA sind positiv auf eine chemische oder medikamentöse Verunreinigung getestet worden.

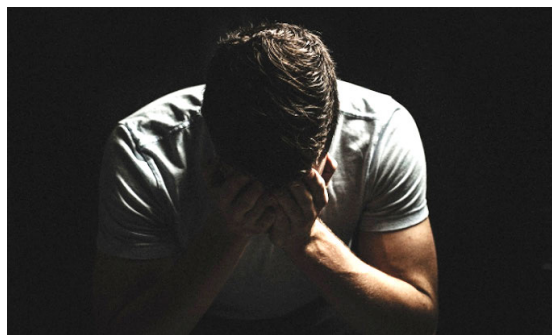
Forscher schätzen, dass derzeit jährlich mehr als 8000 Tonnen Antibiotika in die Flusssysteme der Welt gelangen, wobei 750 Millionen Menschen in einem Umkreis von 10 Kilometern um Flüsse leben, in denen die Antibiotikakonzentrationen zulässige Grenzwerte überschreiten.

Als Einzelne ausgeliefert

Wallace-Wells zitiert den irischen Autor und Journalisten Mark O'Connell, der im Jahr 2023 schrieb: «Vielleicht war das schon immer unser Schicksal, in unserem eigenen Müll zu versinken.»

Das Problem lasse sich nicht so leicht lösen, indem man beispielsweise ein Kind nur auf Spielplätzen mit Holzschnitzeln spielen lasse oder auf Kunststoff-Röhrchen verzichte. Mit individuellen Optimierungsstrategien könne man das bessere, gesündere Leben heute kaum mehr erreichen, meint Wallace-Wells: «Dieser Umweltbelastung können wir als Einzelne nicht mehr ausweichen.»

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.
1.10.2025



Häufig Probleme mit Spermienqualität und der Psyche: Bauernsöhne sind Pestiziden und hormonaktiven Stoffen stärker ausgesetzt als andere. © pixabay / Symbolbild

«SVP und Bauernverband kastrieren ihre eigenen Söhne»

Der Testosteronspiegel der Männer nimmt ab. Die Zahl der Spermien geht zurück. Das dokumentiert Arzt und Neurologe Lukas Fierz.

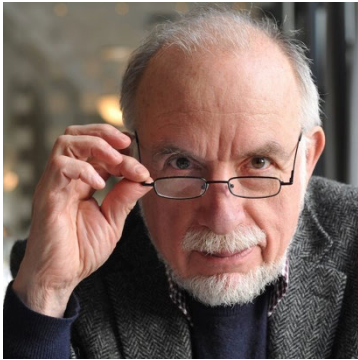
Urs P. Gasche

Seit rund fünfzig Jahren ist die Zahl der Spermien bei jungen Männern vor allem in Industriestaaten um ein bis zwei Prozent pro Jahr auf etwa die Hälfte zurückgegangen – auch in der Schweiz.

Die Auswirkungen seien funktionell mit dem Entfernen eines Hodens vergleichbar, schreibt Lukas Fierz in seinem soeben erschienenen Buch «Testosteronkollaps – Ursachen, Folgen, Schutz»*.

Gleichzeitig schwindet auch der Testosteronspiegel junger Männer und noch mehr der älteren – mit erheblichen Folgen.

Verursacher sind nach Fierz und vielen Studien im Wesentlichen Umweltchemikalien mit toxischer und hormoneller Wirkung – in erster Linie die hormonaktiven Pestizide und Weichmacher in Kunststoffen. Sie können das Hormonsystem von Menschen beeinflussen und stören und werden daher als endokrine Disruptoren bezeichnet.



Lukas Fierz © zvg

Wie meistens sind gesundheitsschädigende Wirkungen zuerst bei Personen bemerkbar, die den Schadstoffen berufsbedingt stärker ausgesetzt sind als die Allgemeinbevölkerung. Eine Studie an Schweizer Rekruten, welche die Fachzeitschrift «Human Reproduction» bereits im Jahr 2021 veröffentlichte – kurz vor der Abstimmung über die Pestizid- und Trinkwasserinitiativen –, fand den deutlichsten Zusammenhang mit schlechter Spermienqualität bei Bauernsöhnen, deren Mütter während der Schwangerschaft Pestiziden ausgesetzt waren.

Ebenfalls besonders betroffen waren Söhne von Kosmetikerinnen und Coiffeuren, die beruflich ebenfalls hormonaktiven Schadstoffen ausgesetzt sind.

Es gab eine klare Abhängigkeit von der Dosis: Je mehr Schadstoffklassen die Mütter ausgesetzt waren, desto schlechter die spätere Spermienqualität ihrer Söhne. Die Folgen würden lebenslang anhalten.

Fazit der Studie: Weitere Forschungsarbeiten müssten der Frage nachgehen, welche der Chemikalien und Schadstoffe am meisten Schaden anrichten. Es ist jedoch nicht bekannt, dass solche Studien laufen oder dass der Bauernverband solche Studien fordert. Dazu meint Buchautor Lukas Fierz: «Man weiss bereits genug, um Massnahmen zu rechtfertigen. Oder wollen wir erst handeln, wenn Männer nicht mehr zeugen können?»

Bei einigen Männern sei der Testosteronrückgang bereits so fortgeschritten, dass sie in den weiblichen Bereich kämen. Zu erwarten sei «jene Abschwächung der Geschlechtspole mit Verwischung, Instabilität oder Wechsel der Geschlechtsrollen bis zum Wunsch nach Geschlechtsumwandlung, welche heute zu beobachten ist».

Bauernsöhne leiden auch häufiger an Depressionen, Angststörungen und Burnout.

Die Pestizide verursachen bei Bauern zudem die Parkinsonkrankheit. Sie ist in mehreren europäischen Ländern wie Frankreich, Italien und seit 2024 auch in Deutschland) bei Beschäftigten in der Landwirtschaft, die intensiv Pestiziden ausgesetzt waren, offiziell als Berufskrankheit anerkannt. In der Schweiz allerdings nicht.

Überdies enthalten viele Pestizide auch PFAS und setzen diese für die Ewigkeit in Äcker und Umwelt frei. Obwohl die Bauernfamilien von diesen alarmierenden Befunden enorm betroffen seien, hätten ausgerechnet die SVP und der Bauernverband die Pestizid- und Trinkwasserinitiative an vorderster Front bekämpft. Deshalb macht Lukas Fierz die provokante Aussage: «SVP und Bauernverband kastrieren ihre eigenen Söhne».

Verdacht auf Aufmerksamkeitsdefizite

Neben den hormonaktiven Pestiziden seien die anderen Hauptübeltäter die hormonaktiven Weichmacher (Phthalate), die aus Plastikverpackungen sowie Plastikfolien, in denen Käse, Fleisch, Milch oder Rahm länger verpackt sind, in Lebensmittel und Getränke gelangen. Sie würden nicht nur die Spermien- und Testosteronproduktion beeinträchtigen, sondern sie schädigten auch die Gehirnentwicklung: Der Arzt und Neurologe zitiert eine grosse Übersichtsarbeit, die 2022 in «Environment International» erschienen ist: Von gut zwei Dutzend Studien an insgesamt Tausenden von Kindern zeigte eine Mehrzahl einen Zusammenhang zwischen der Phthalat-Belastung der Mütter und Störungen von Aufmerksamkeit oder Verhalten ihrer Kinder. Für Fierz ein alarmierender Befund. Er könnte einen Teil der Disziplinärprobleme in unseren Schulen erklären.

Das Bundesamt für Gesundheit stellte schon 2021 fest: «Eine Einstufung der gesundheitlichen Gefahr der Mehrzahl der Phthalate als fortpflanzungsgefährdend basiert auf der Gesamtheit der Symptome bei Tier und Mensch.» Das BAG bestätigt, dass Stoffe wie PFAS sowie kleinstes Nanoplastik mit seinen Zusatzstoffen ins Blut und ins Gehirn gelangen.

Doch obwohl männliche Nachkommen im Mutterleib «unbefragt einer fortschreitenden chemischen Kastration unterworfen» würden, werde viel zu zögerlich gehandelt, kritisiert Fierz. Man wolle über die alarmierenden wissenschaftlichen Befunde nicht einmal ernsthaft diskutieren.

Für Fierz stellt eine unfreiwillige Kastration eine schwere Körperverletzung dar – auch wenn sie unvollständig, chemisch oder fahrlässig geschieht. Da schwere Körperverletzung ein Officialdelikt ist, müsse die Justiz sogar von Amtes wegen einschreiten.

Ewigkeitschemikalien à la DDT

Behördliche Grenzwerte etwa seien illusorisch, weil sie immer nur für Einzelsubstanzen gelten und die potenzierte Wirkung mehrerer Schadstoffe nicht berücksichtigen. Phthalatverbote in Babyflaschen und Baby-Spielzeugen seien Alibiübungen. Viel dringlicher seien Schutzmassnahmen für werdende Mütter: «Denn wenn an der Babyflasche genuckelt und mit Spielzeug gespielt wird, ist der Schaden schon längstens geschehen und irreversibel.»

Nahrungsmittel gehörten nicht in Plastik, sondern in Glas verpackt.

Das Problem solle nicht unterschätzt werden, warnt Fierz. Ewigkeitschemikalien wie beispielsweise einige PFAS, die oft aus Kunststoffen entweichen, würden aus der Umwelt und damit aus der Nahrungskette kaum verschwinden und deshalb noch viele Generationen belasten. Fierz erinnert an das Insektizid DDT, das vor Jahrzehnten verboten wurde, aber dessen Abbauprodukte in der Umwelt nach wie vor vorhanden und aktiv seien.

Die Verantwortungsträger in Politik, Industrie und Handel sollten «aus ihrem Tiefschlaf erwachen und ihre Verantwortung für die chemische Disruption wahrnehmen». Fierz fordert auch andere Instanzen zum Handeln auf: Pädagogen und Juristen, die sich mit Verhaltens- und Disziplinarproblemen herumschlagen, dann die Ärzte, die sich mit Genderproblemen beschäftigen, oder auch die Armee, die mit Motivations- und Nachwuchsproblemen kämpft.»

Chemikalien sorgen für Übergewicht, was den Testosteronspiegel senkt

Jedes Kilo Übergewicht koste beim Mann etwa ein Prozent Testosteron: «Grund für die Gewichtszunahme sind Süssgetränke (in PET-Flaschen!) und künstliche Süsstoffe, Fastfood, Bewegungsmangel und mindestens zwanzig Umweltchemikalien, darunter Phthalate, welche schon im Mutterleib und während der Kindheit eine Zunahme der Fettzellen und eine Neigung zu Übergewicht programmieren können.»

Bei Männern entscheide der Testosteronspiegel über die Orgasmusfähigkeit, die Muskelkraft, das Revierverhalten und das psychische Durchsetzungsvermögen, sagt der Neurologe.

Als Quellen dafür nennt Fierz «Heroes, Rogues, and Lovers: Testosteron and Behavior» von J. McBride Dabbs und J. und M. Dabbs, «T wie Testosteron» von Carole Hooven und «Gewalt und Mitgefühl» von Robert Sapolsky.



*«Testosteronkollaps – Ursachen, Folgen, Schutz», Eigenverlag 2025, 224 Seiten, 20.15 CHF Ex Libris.

Aus dem Verlagstext:

«Gemessen am Testosteron und an der Zahl der Spermien ist schon rund die Hälfte der Hodenfunktion verloren, entsprechend einer immer ausgeprägteren chemischen Kastration. Diese Kastration geschieht im ersten Schwangerschaftsdrittel an den ungeborenen Jungen. In dieser hochempfindlichen Phase wird die Hodenentwicklung durch Umweltgifte dauerhaft behindert, namentlich durch Zusatzstoffe im Plastik, welche vor allem über die Lebensmittelverpackungen in die Lebensmittel und dann in unseren Körper gelangen.» © L.F.



SPEZIAL: Prof. Jeffrey Sachs: Ist das Abkommen zwischen Israel und der Hamas echt?

uncut-news.ch, Oktober 10, 2025

Am 9. Oktober 2025 diskutierte Professor Jeffrey Sachs in der Sendung «Judging Freedom» mit Moderator Judge Andrew Napolitano die jüngsten Entwicklungen rund um einen möglichen Waffenstillstand zwischen Israel und Hamas. Die Diskussion drehte sich um die Pläne, die von Donald Trump, Steve Witoff, Jared Kushner und Tony Blair unterstützt werden, sowie um die komplexe politische Lage im Nahen Osten. Sachs äusserte sich kritisch und beleuchtete die Hintergründe, die Dynamiken und die Aussichten für einen dauerhaften Frieden. Dieser Artikel fasst die wichtigsten Punkte der Diskussion zusammen und analysiert die Bedeutung des potenziellen Waffenstillstands.

Der Waffenstillstand: Ein Hoffnungsschimmer?

Laut Sachs könnte der aktuelle Deal einen dauerhaften Waffenstillstand in Gaza ermöglichen, was er als «sehr gute Nachricht» bezeichnet. Nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 und der darauffolgenden israelischen Offensive am 8. Oktober 2023, die laut Sachs 67'000 Todesopfer forderte, könnte das Ende der Kämpfe eine dringend benötigte Erleichterung bringen. Er betonte die humanitäre Krise in Gaza, wo Hunderttausende Menschen, darunter viele Kinder, an Hunger leiden. Der Waffenstillstand beinhaltet den Austausch von Geiseln, die von Hamas und anderen Milizen in Gaza sowie von Israel festgehalten werden. Bis zu 2000 palästinensische Gefangene könnten freigelassen werden.

Sachs sieht den Waffenstillstand als möglichen Wendepunkt, betont jedoch, dass der eigentliche Plan darüber hinausgehende politische Fragen nicht löst. Er bezeichnet die weiteren Elemente des sogenannten «Friedensplans» als «Gewäsch» («gobbledegook»), das weder vereinbart noch umsetzbar sei. Die Kernfrage bleibt für ihn, ob ein palästinensischer Staat entstehen wird, wie es die internationale Gemeinschaft seit Jahrzehnten fordert.

Die politische Lage: Israels Ablehnung eines palästinensischen Staates

Sachs unterstrich, dass Israel mit Unterstützung der USA seit Jahrzehnten die Schaffung eines palästinensischen Staates verhindert hat. Die internationale Gemeinschaft, vertreten durch die UN-Generalversammlung, hat wiederholt mit überwältigender Mehrheit (über 90% der Stimmen) für einen palästinensischen Staat gestimmt, zuletzt vor wenigen Wochen. Dennoch bleibt die Umsetzung ausbleibend, da die USA und Israel diese Forderung ignorieren oder aktiv blockieren.

Er kritisiert die anhaltende Unterdrückung der palästinensischen Rechte durch Israel und die Versuche der USA, die arabische Welt durch Einschüchterung, Bestechung und politischen Druck zu kontrollieren. Sachs hofft, dass die arabische Welt nach einem Jahrhundert westlicher Einmischung – beginnend nach dem Ersten Weltkrieg – endlich «genug ist genug» sagen wird. Er sieht globale Proteste, wie etwa in Amsterdam oder Italien, als Zeichen eines wachsenden internationalen Drucks, der Israel zur Beendigung seines «genozidalen Blutvergiessens» zwingen könnte.

Netanjahus Ziele und Hamas Rolle

Sachs sieht die Hamas nicht als zentrale Akteurin in diesem Konflikt. Er beschreibt sie als eine von mehreren militanten Gruppen, die gegen Israels Besatzung Palästinas kämpfen. Die Fixierung auf Hamas sei ein «Talisman», den Israel nutze, um seinen «massiven Mordfeldzug» zu rechtfertigen. Netanjahus erklärtes Ziel, die palästinensische Bevölkerung aus Gaza zu vertreiben, sei gescheitert, während Hamas überlebt habe – entgegen Netanjahus Versprechen. Sachs betont, dass Hamas in einem Szenario, in dem ein palästinensischer Staat gemäss internationalem Recht entstünde, keine zentrale Rolle spielen würde. Ihre Finanzierung und Bewaffnung hängen von externen Akteuren ab, die einen palästinensischen Staat unterstützen.

Jared Kushner und die Rolle der USA

Ein zentraler Kritikpunkt von Sachs ist die Beteiligung von Jared Kushner, den er als Immobilienentwickler beschreibt, der möglicherweise persönliche Interessen verfolgt. Er spricht von «offenbarer Korruption, Selbstbereicherung und Nepotismus» im Umfeld von Donald Trump. Sachs sieht die USA als unzuverlässigen Akteur, der wiederholt internationale Vereinbarungen gebrochen hat. Dennoch betont er, dass der aktuelle Deal nicht auf Vertrauen in Netanjahu oder die USA basiert, sondern auf der Beteiligung anderer Länder wie Ägypten, Türkei, Katar, Saudi-Arabien und Pakistan. Diese Länder könnten dafür sorgen, dass der Waffenstillstand hält, auch wenn keine vollständige Entwaffnung der Hamas stattfindet.

Israelische Gesellschaft und internationale Reaktionen

Sachs äussert sich besorgt über die israelische Gesellschaft, die er als «verrückt» und von «Blutdurst» geprägt beschreibt. Er sieht keine Anzeichen dafür, dass Israel die Verantwortung für den «Genozid» in Gaza übernimmt. Die öffentliche Debatte in Israel konzentrierte sich ausschliesslich auf die verbleibenden israelischen Geiseln (ca. 20), während die über 2000 palästinensischen Gefangenen ignoriert wurden. Diese Ignoranz und die Unterstützung des Krieges durch weite Teile der Bevölkerung hätten Israel zu einer «verachteten Nation» gemacht.

International wachse jedoch der Druck. Demonstrationen in Europa und weltweite Proteste zeigen, dass die Geduld der Welt mit Israels Handlungen erschöpft ist. Sachs sieht darin eine Chance für Veränderungen, die nicht von den USA oder Israel, sondern von der globalen Gemeinschaft ausgehen könnten.

Die «50-zu-1-Formel» und Israels Kalkül

Ein besonders erschütternder Punkt in Sachs Analyse ist die sogenannte «50-zu-1-Formel». Ein ehemaliger Chef des israelischen Militärgesheimdienstes soll erklärt haben, dass für jeden getöteten Israeli 50 Palästinenser sterben sollten. Mit etwa 1200 bis 1300 israelischen Todesopfern am 7. Oktober 2023 entspricht die Zahl von 67'000 getöteten Palästinensern in etwa diesem Verhältnis. Sachs spricht von einer «primitiven Mentalität», die an biblische Zeiten erinnere, und vermutet, dass Israel möglicherweise sein «Ziel» erreicht sieht und deshalb bereit ist, die Kämpfe zu beenden.

Aussichten für den Waffenstillstand

Sachs betont, dass der Waffenstillstand keine umfassende Friedenslösung ist. Der sogenannte «20-Punkte-Plan» sei weder vereinbart noch realistisch. Ein echter Frieden erfordere die Schaffung eines palästinensischen Staates entlang der Grenzen vom 4. Juni 1967, wie es das Völkerrecht und die internationale Gemeinschaft fordern. Die USA müssten ihre Politik ändern und den Einfluss der «zionistischen Lobby» überwinden, um dies zu ermöglichen.

Eine Umfrage in der Sendung ergab, dass 82% der Zuschauer nicht glauben, dass der Plan Bestand hat, 12% sind unentschieden und nur 6% sind optimistisch. Sachs stimmt zu, dass es kein echter Friedensplan ist, hält aber eine vorübergehende Unterbrechung der Kämpfe für möglich.

Fazit

Professor Jeffrey Sachs bietet eine nüchterne und kritische Analyse des potenziellen Waffenstillstands zwischen Israel und Hamas. Er sieht darin eine Chance, das Blutvergiessen zu stoppen, warnt jedoch vor übertriebenen Erwartungen an einen umfassenden Frieden. Die Kernfrage bleibt die Schaffung eines palästinensischen Staates, die von Israel und den USA seit Jahrzehnten blockiert wird. Sachs scharfe Kritik an Israels «genozidalem» Vorgehen, der Korruption im Umfeld von Trump und der Komplizenschaft der USA unterstreicht die Dringlichkeit internationalen Drucks. Der Waffenstillstand könnte ein erster Schritt sein, doch der Weg zu einem gerechten Frieden bleibt lang und von politischen Hürden geprägt.

Quelle: <https://uncutnews.ch/spezial-prof-jeffrey-sachs-ist-das-abkommen-zwischen-israel-und-der-hamas-echt/>



pexels

Die DIGITALE ID hinter der Ecke – wie Sie zu Leibeigenen werden und wie den freien Menschen endgültig der Mund verboten wird

Von Alesandru Anghel, uncut-news.ch, Oktober 8, 2025

Grossbritannien bereitet sich darauf vor, die Pflicht zur digitalen Identifizierung für alle britischen Bürger, aber auch für Einwohner, Studenten oder Arbeitnehmer aus der Europäischen Union (EU), darunter eine beträchtliche Zahl aus Rumänien, einzuführen.

Die Massnahme, ähnlich und Vorstufe zum chinesischen Sozialkredit-System, wurde von grossen Geistlichen der Orthodoxie, vom Heiligen Berg Athos und von unseren eigenen, insbesondere von Pater Justin Pârnu, vorhergesagt und beginnt nun heimlich auch in Rumänien eingeführt zu werden. Die Pläne der Kommissare in Brüssel sehen vor, dass ab 2026 alle EU-Bürger sich nicht mehr ohne das «digitale Portemonnaie» bewegen können.

Trotz der Tatsache, dass es sich um einen direkten Angriff auf die Bewegungs- wie auch auf die Religionsfreiheit handelt, hat die Rumänisch-Orthodoxe Kirche bislang keinen einzigen Schritt zum Schutz der Rech-

te ihrer Gläubigen unternommen. Gültig auch für die «souveränistischen» Parteien, allen voran AUR, mit wenigen Ausnahmen. Der Europaabgeordnete Gheorghe Piperea zum Beispiel erklärte unmissverständlich, dass die Digital-IDs eine Rückkehr zur «Leibeigenschaft» durch eine Form der elektronischen Versklavung bedeuten. Eine biometrische Diktatur, schlimmer als die während der Pandemie «geübte».

Der britische Premierminister Keir Starmer kündigte letzte Woche an, dass alle Bürger Grossbritanniens verpflichtet sein werden, ein Ausweisdokument zu besitzen, um ihr Recht auf Aufenthalt und Arbeit im Land nachzuweisen, das in einem «Portemonnaie» ähnlich wie Apple Wallet oder Google Wallet aufbewahrt wird, berichtet SkyNews.

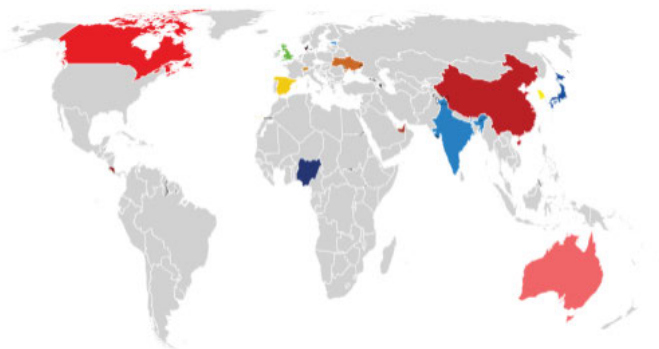
Der Vorwand für die Einführung der totalen Kontroll-App über die Bevölkerung war die grosse Zahl von Migranten, die jedoch gerade von jenen aufgenommen wurden, die nun die totalitären Massnahmen durchsetzen.

Der Premierminister behauptete, die Ausweiskarten würden «eine grössere Sicherheit der Grenzen» des Vereinigten Königreichs gewährleisten, aber der Plan hat sowohl Kritik von politischen Gegnern als auch von Konservativen und Liberaldemokraten hervorgerufen.

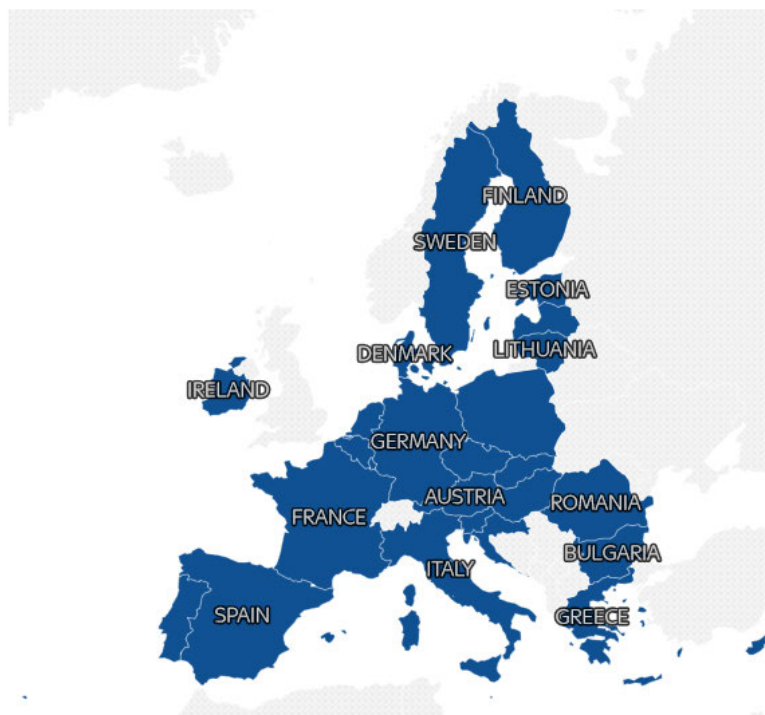
Eine Online-Petition gegen die Digital-IDs hat bisher mehr als 2'500'000 Unterschriften gesammelt, und fast täglich finden in London Bürgerproteste statt. Die Briten wissen bereits, was Kontrolle durch elektronische Systeme bedeuten kann – die auch den freien Zugang zum Internet einschliessen – wenn Menschen bereits für einen Facebook-Post oder dafür, dass sie still beten, verhaftet werden. Ab Dezember zum Beispiel wird in Australien die Online-Identifizierung des Nutzers auf bestimmten Plattformen obligatorisch sein – unter dem Vorwand des «Kinderschutzes».

Die britische Regierung erklärte, dass sie in ihrem Projekt «die besten Aspekte» der digitalen Ausweise nutzen werde, die bereits in einigen Ländern wie Estland, Dänemark, Indien oder Australien eingesetzt werden. Karte mit den Ländern, die bereits Digitale IDs nutzen oder diese einführen werden (EU):

Which countries already have some form of digital ID?



EU countries set to roll out digital ID wallets in 2026



Alle 27 Mitgliedstaaten der EU – mit Ausnahme von zwei – verwenden physische Personalausweise in einem standardisierten EU-Format, das 2021 eingeführt wurde, und diese werden sowohl als Ausweisdokumente in den Herkunftsländern der Bürger als auch für Reisen im Schengen-Raum ohne Pass verwendet. Die beiden Ausnahmen sind Dänemark, das die digitale Identitäts- und Authentifizierungs-App **MitID** nutzt, und Irland, das Passkarten ausstellt.

Obwohl diese «alten» Personalausweise noch bis 2031 gültig sind, ist in Wirklichkeit vorgesehen, sie 2026 vom Markt zu nehmen. Bis Ende 2026 hofft die EU, das **digitale Identitäts-Portemonnaie (eID)** einzuführen, das ihrer Ansicht nach die Antwort Europas auf die «Herausforderungen» im Bereich Identifizierung darstellt.

Das «Portemonnaie» der totalen Kontrolle soll für alle öffentlichen Dienste genutzt werden – von Zahlungen bis Gesundheit und Zugang zu lokalen und nationalen Institutionen – und wer es nicht hat, wird aus dem «Bild» verschwinden.

Derzeit testen gross angelegte Pilotprojekte, wie die digitalen Identitäts-Portemonnaies der EU in einer Vielzahl von Situationen funktionieren werden, bevor sie in der gesamten EU eingeführt werden.

In Frankreich ermöglicht die App **France Identité** den Bürgern, Personalausweis, Führerschein und Fahrzeugschein in einer einzigen App zu kombinieren. Über 350 Unternehmen und öffentliche Behörden aus 26 Mitgliedstaaten sowie aus Norwegen, Island und der Ukraine nehmen an diesen Projekten teil.

Für Reisende gilt: Ab dem 12. Oktober müssen Personen, die mit einem Nicht-EU-Visum nach Europa einreisen, ihre biometrischen Daten registrieren lassen, und für jeden Reisenden wird eine digitale Akte erstellt. Die Massnahme wird bald auch für europäische Bürger verpflichtend sein, die bereits von den Massenmedien der globalistischen Diktatur gehirngewaschen und widerstandslos gemacht wurden.

Quelle: ID-ul DIGITAL de după colț - cum veți deveni șerbi și cum li se va închide complet gura oamenilor liberi

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-digitale-id-hinter-der-ecke-wie-sie-zu-leibeigenen-werden-und-wie-den-freien-menschen-endgueltig-der-mund-verboten-wird/>

Neuer Bericht: «Müll-Wissenschaft» hinter den Behauptungen, COVID-Impfungen hätten Millionen Leben gerettet

Childrenshealthdefense, Oktober 10, 2025



Ein neuer Preprint der kanadischen Forscher Denis Rancourt, Ph.D., und Joseph Hickey, Ph.D. stellt die Grundlage der weithin zitierten Aussage von Peter Hotez, M.D., Ph.D., infrage, wonach COVID-19-Impfstoffe Millionen von Leben gerettet hätten.

von Brenda Baletti, Ph.D.

Ein neuer Bericht kanadischer Forscher widerspricht der verbreiteten Behauptung, COVID-19-Impfstoffe hätten in den USA Millionen Leben gerettet.

Die Autoren der in dieser Woche von der kanadischen Non-Profit-Forschungsorganisation Correlation veröffentlichten Vorabveröffentlichung argumentieren, dass diese Behauptungen auf Modellstudien beruhen, die auf fehlerhaften Annahmen basieren und zu «phantastischen und nicht verifizierbaren» Schlussfolgerungen führen.

So verwies Peter Hotez in Interviews und seiner Aussage vor dem US-Kongress 2024 auf eine Studie von Meagan Fitzpatrick (2022), in der 3,2 Millionen gerettete Leben durch Impfungen genannt wurden.

Die Mainstream-Medien griffen diese Aussagen auf und verbreiteten sie massenhaft.

Doch laut den Experten für Gesamtmortalität Rancourt und Hickey basierte Fitzpatricks Arbeit auf einer «kontrafaktischen theoretischen Berechnung», die falsche Annahmen über Infektionssterblichkeit und Impfwirksamkeit zugrunde legte.

In ihrer neuen Arbeit argumentieren Rancourt und Hickey, dass kontrafaktische Berechnungen wie diese zu gefährlichen politischen Schlussfolgerungen führen können und nicht als Grundlage für Gesundheitspolitik dienen sollten:

«Falsche Behauptungen, die von Regierungsvertretern und deren Beratern akzeptiert werden, können katastrophale Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit und die Gesellschaft haben», schreiben sie. Sie untersuchten auch andere Studien, die die Zahl der durch Impfungen angeblich geretteten Leben schätzten, und stellten deren Annahmen grundsätzlich infrage.

Forscher stützten sich auf «künstliche, fragwürdige» Wirksamkeitsraten

Kontrafaktische Modelle sollen abschätzen, was ohne eine bestimmte Massnahme geschehen wäre – hier also ohne Impfung. Dazu müssen Forscher alternative Szenarien entwerfen.

Diese Modelle beruhen zwangsläufig auf Annahmen, die laut Rancourt und Hickey von «zweifelhaft» bis «offensichtlich falsch» reichen.

Forscher müssen schätzen, wie viele Infektionen und Todesfälle ohne Impfung aufgetreten wären. Dabei greifen sie auf Modelle zur Infektionsdynamik zurück, die selbst voller Unsicherheiten sind.

Für ihre Berechnungen verwendeten viele Forscher Wirksamkeitsraten aus klinischen Studien – Rancourt und Hickey bezeichnen diese als «konstruiert, fragwürdig und intransparent».

Trotz unterschiedlicher Berechnungen kamen mehrere Modellierer zu dem Schluss, dass die Impfstoffe einen enormen Einfluss gehabt hätten.

Fitzpatrick etwa schätzte in ihrem Blogbeitrag, die Impfungen hätten 3,2 Millionen Todesfälle, 18,5 Millionen Krankenhausaufenthalte und 120 Millionen Infektionen verhindert sowie 1,15 Billionen US-Dollar an medizinischen Kosten eingespart.

Eine Studie im «Lancet» (September 2022) sprach von 14,4 Millionen verhinderten Todesfällen weltweit bis Dezember 2021.

Eine spätere Arbeit im JAMA Health Forum (Juli 2025) unter Leitung von John P. A. Ioannidis kam – unter Verwendung realer Seroprävalenzdaten – auf 2,5 Millionen gerettete Leben weltweit bis 2024, also etwa zehnmal weniger als Fitzpatrick oder Lancet.

«Kein verlässlicher Grund zu glauben, dass COVID-Impfstoffe Leben gerettet haben»

Rancourt argumentierte bereits zuvor, dass selbst die vorsichtigeren Schätzungen von Ioannidis massiv überschätzt seien. Nach Analyse der JAMA-Arbeit fand er «keinen Grund zu glauben», dass die Impfstoffe Leben gerettet hätten:

«Diese ganze Industrie kontrafaktischer Berechnungen ist nichts anderes als «Politik durch Wissenschaft», sagte Rancourt.

«Das ist so, als würde man behaupten, eine Massnahme habe enorme Vorteile gebracht – ohne jeden empirischen Beweis dafür.»

Die Forscher, so Rancourt, übernahmen lediglich die Daten der Pharmaindustrie und setzten sie in Formeln ein, die dann automatisch Millionen geretteter Leben ausspucken.

In Ländern wie den USA, wo fast die gesamte Bevölkerung geimpft wurde, fehle ohnehin eine echte Vergleichsgruppe: «Das sind konstruierte Studien», so Rancourt.

Modelle verlangen Glauben an «unglaubliche Zufälle»

Zuverlässige Daten zur Übersterblichkeit – also gemessene, reale Daten – seien laut den Autoren der bessere Massstab.

Eine Lancet-Studie von 2022 habe bei Auswertung tatsächlicher Sterbefälle ein deutlich uneinheitlicheres Bild ergeben:

«Das Ausmass des Einflusses der Impfkampagne auf die Sterblichkeit war unklar.»

Rancourt und Hickey fanden, dass die kontrafaktischen Modelle unmittelbar nach den Impf- und Booster-Rollouts plötzlich starke «Spitzen» angeblich geretteter Leben zeigen.

Das würde bedeuten, dass das Virus genau dann besonders tödlich gewesen sein müsse – was den Modellen zufolge die Wirksamkeit der Impfungen belegen sollte.

Doch laut realer Daten sei keine Verringerung der Übersterblichkeit nach Beginn der Impfkampagnen 2021/2022 zu erkennen gewesen – im Gegenteil: Die Übersterblichkeit sei nach dem Anstieg 2020 konstant hoch geblieben.

«Man müsste an unglaubliche Zufälle glauben – dass das Virus plötzlich, genau zur Zeit der Impfkampagne, fünf- bis zehnmal tödlicher wurde», so Rancourt. «Dafür gibt es keinerlei Belege.»

«Das Peer-Review-System ist korumpiert»

Die Modelle verlangten von der Öffentlichkeit, zu glauben, das Virus sei ausgerechnet während der Impfkampagnen «extrem tödlich» gewesen – und nur zu dieser Zeit.

Forscher, die solche Modelle nutzten, behaupteten faktisch, dass COVID-19 ohne Impfung «Todeswellen weit über alles hinaus verursacht hätte, was in der Geschichte bekannt ist».

Dass solche Studien in führenden Fachzeitschriften erscheinen, hält Rancourt für einen Skandal: «Das beweist, dass das Peer-Review-System korumpiert ist. Die medizinische Elite, bezahlt von der Pharmaindu-

strie, sind bloss Arbeitsbienen, die versuchen, ihren Herren zu gefallen – indem sie solche rückwärtsgerichteten Simulationsmethoden erfinden, genannt kontrafaktische Berechnungen.

Das ist Müll-Wissenschaft.»

Quelle: New Report: 'Garbage Science' Behind Claims COVID Shots Saved Millions

Quelle: <https://uncutnews.ch/neuer-bericht-muell-wissenschaft-hinter-den-behauptungen-covid-impfungen-haetten-millionen-leben-gerettet/>



Trumps Friedensplan für Gaza wird nicht funktionieren, es ist ein Ultimatum unter Völkermord

Finian Cunningham, Oktober 10, 2025

Der sogenannte Friedensplan, den US-Präsident Trump vorgelegt hat, ist laut dem internationalen Rechtsexperten Alfred de Zayas ein Reinfall, der nicht funktionieren wird.

De Zayas sagt, dass Trumps viel gepriesene Initiative kein Friedensangebot ist. Es ist ein Ultimatum, das von kriminellen Schurkenregimes gefordert wird, die für Völkermord verantwortlich sind – die Vereinigten Staaten und Israel.

Professor De Zayas weist darauf hin, dass Donald Trump und Israels Benjamin Netanjahu keine Glaubwürdigkeit besitzen. Beide sind mitschuldig am Völkermord an den Palästinensern. Die Vorstellung, dass Trump inmitten eines von den USA unterstützten Massenmords, bei dem weder die Täter des Völkermords noch die illegale Besetzung palästinensischen Landes und zahlreiche andere Kriegsverbrechen strafrechtlich verfolgt werden, ein Friedensabkommen vorschlägt, ist grotesk und absurd.

Die Ernennung des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair zum Beauftragten für Trumps «Friedensplan» in Gaza ist eine weitere Beleidigung.

«Er sollte als Kriegsverbrecher hinter Gittern sitzen», sagt de Zayas und verweist auf Blairs Rolle bei der Auslösung des auf Lügen basierenden US-britischen Krieges gegen den Irak im Jahr 2003, bei dem über eine Million Menschen getötet wurden.

Das Problem in Bezug auf Gaza ist, dass Israel mit Unterstützung der USA und europäischer Staaten seit Jahrzehnten ungestraft gegen das Völkerrecht und UN-Verträge verstösst. Dieser beschämende Mangel an Rechenschaftspflicht und Durchsetzung des Völkerrechts macht Israel und seine westlichen Sponsoren zu kriminellen Regimes. Es ist Unsinn, von solchen Serienverbrechern zu erwarten, dass sie jetzt ein Friedensabkommen vorschlagen, wenn sie für eine ganze Reihe von Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden.

De Zayas sagt, wir brauchen dringend einen Waffenstillstand in Gaza und massive humanitäre Hilfe für eine Bevölkerung, die von Israel absichtlich ausgehungert wird. Aber jede Resolution muss unter Anwendung des Völkerrechts und der Gerechtigkeit für die schrecklichen Verbrechen umgesetzt werden.

Trumps Plan ist eine Schönfärbung des Völkermords. Auch die westlichen Mainstream-Medien machen sich schuldig, indem sie das Ausmass des Grauens verschleiern. Die Medien stellen Trumps Angebot lächerlicherweise als echt und glaubwürdig dar, vielleicht mit ein paar hier und da belächelten Mängeln. Die Medien berichten nicht über das wahre Ausmass des Grauens und die Mitschuld des Westens am Völkermord. Das liegt daran, dass ihre langjährige Rolle darin besteht, als Propagandadienst zu fungieren, um die Verbrechen und die systematische Gesetzlosigkeit westlicher Schurkenregime zu beschönigen.

Professor Alfred de Zayas lehrt internationales Recht und Geschichte an der Genfer Schule für Diplomatie. Er hat fast 50 Jahre lang als Experte für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen gearbeitet.

Sein neuestes Buch ist «The Human Rights Industry» (Clarity Press, 2023);:

<https://www.claritypress.com/product/human-rights-industry/>

Seine aktuellen Artikel zu vielfältigen internationalen Themen finden Sie bei Counterpunch:

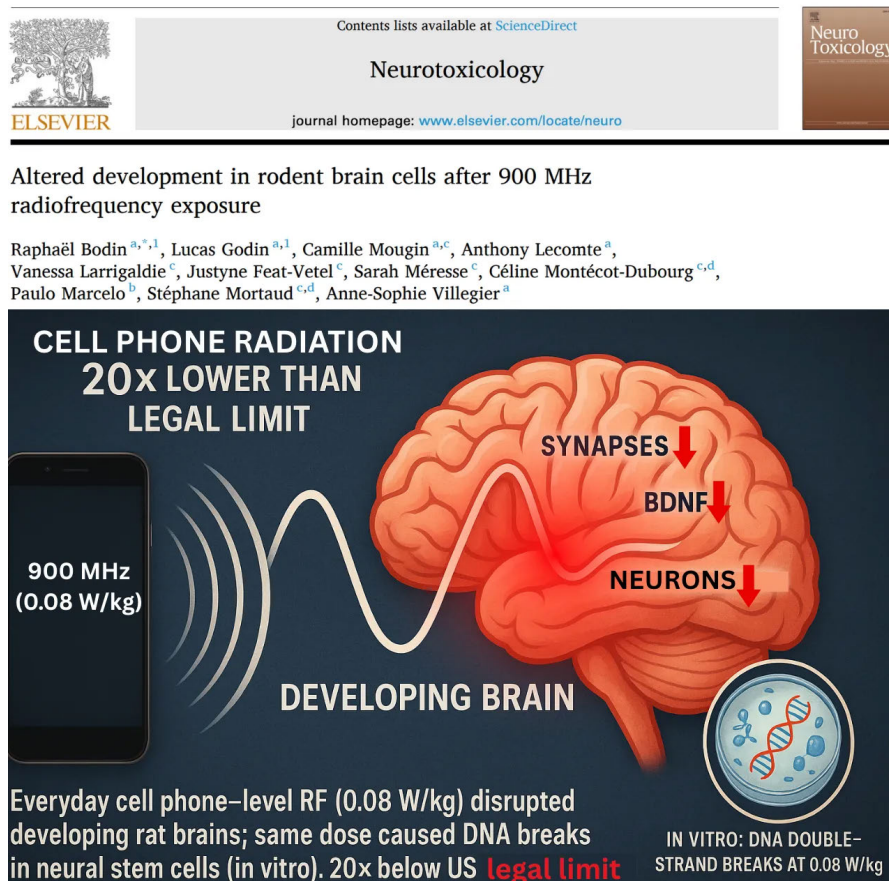
<https://www.counterpunch.org/author/alfred-de-zayas/>

Quelle: Trump's Gaza peace plan won't work, it's an ultimatum under genocide Übersetzung: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/trumps-friedensplan-fuer-gaza-wird-nicht-funktionieren-es-ist-ein-ultimatum-unter-voelkermord/>

Jüngste Studie belegt Hirnschäden bei Ratten durch Handystrahlung

Von ELA, Okt. 10, 2025



Eine jüngst veröffentlichte Studie belegt nun, dass ein als «sicher» deklarierter Handy-Strahlungswert, dem junge Ratten ausgesetzt wurden, Gehirnschäden verursacht hatte. Parallele In-vitro-Tests zeigten DNA-Schäden in neuronalen Stammzellen, der Tiere.

Gestörte Gehirnchemie und neurale Entwicklung

Junge Ratten, die angeblich als sicher geltenden Handystrahlungswerten ausgesetzt waren, hatten eine beeinträchtigte neuronale Entwicklung und eine gestörte Gehirnchemie erlitten, wie auch «thefocalpoints» berichten konnte.

Eine neue, von Experten begutachtete Studie in Neurotoxicology hatte ergeben, dass alltägliche Handystrahlung, die 20-mal unter dem, in den USA geltenden Sicherheitsgrenzwert liegt, die Gehirnentwicklung bei jungen Ratten gestört und DNA-Schäden in neuronalen Stammzellen verursacht hatte.

Forscher hatten trächtige Ratten und ihre Nachkommen 900 MHz Hochfrequenzstrahlung, einem Standard-Handyband, im Bereich des öffentlichen Ganzkörper-Sicherheitsgrenzwerts von 0,08 W/kg ausgesetzt, dem von internationalen Regulierungsbehörden (ICNIRP) empfohlenen Grenzwert.

Zum Vergleich, die US-Regulierungsbehörden (FCC) erlauben Mobiltelefone eine lokale Dosis von bis zu 1,6 W/kg in Kopf-Nähe, zwanzigmal höher als der in dieser Studie verwendete Wert.

Selbst bei diesem winzigen Bruchteil der zulässigen Höchstmenge hatten die jungen Ratten deutliche Anzeichen von Hirnschäden und Zellstress gezeigt, darunter weniger proliferierende Gehirnzellen, eine verringerte Synapsenbildung und eine gestörte Gehirnchemie.

Weniger Gehirnzellen und Synapsen

Rattenjunge, die vor und nach der Geburt exponiert worden waren, hatten weniger proliferierende Gehirnzellen im Hippocampus und Kortex aufgewiesen, ausserdem eine verringerte Synapsenbildung und ein verändertes exzitatorisches/inhibitorisches Gleichgewicht in wichtigen Entwicklungsstadien.

Gestörte Gehirnchemie

Der BDNF-Spiegel, ein für Lernen und Gedächtnis essentielles Protein, war bei exponierten Tieren gesunken. Die Verschiebung des Synapsen-Gleichgewichts in Richtung Hemmung steht im Einklang mit Mustern, die mit kognitiven Beeinträchtigungen und neurologischen Entwicklungsstörungen in Verbindung gebracht werden.

Verändertes Schicksal von Gehirnzellen

Stammzellen in Kultur hatten seltener Neuronen gebildet und hatten sich eher zu Gliazellen (Astrozyten, Oligodendrozyten-Vorläuferzellen) differenziert, was auf eine dauerhafte Veränderung der Gehirnzellentwicklung hindeutet.

DNA-Schäden und Zelltod

Neuronale Stammzellen, die dem «Sicherheitsgrenzwert» von 0,08 W/kg ausgesetzt waren, entwickelten DNA-Doppelstrangbrüche, erhöhte Apoptose (Zelltod) und stressbedingte Überproliferation.

Oxidativer Stress kein Hauptfaktor

Die Studie hatte Marker für oxidativen Stress in Rattenhirnen gemessen, hatte jedoch keine signifikanten Veränderungen gefunden. Dies deutet darauf hin, dass die Hauptschadensursachen eher die DNA-Integrität und veränderte Zelldifferenzierung als alleiniger oxidativer Stress betroffen hatte.

Alle diese Effekte waren bei 0,08 W/kg beobachtet worden, dem ICNIRP-Grenzwert für die Ganzkörperexposition. Zum Vergleich, US-Handys dürfen am Kopf bis zu 1,6 W/kg emittieren (lokale Exposition), ein 20-mal höheres Niveau als das in dieser Studie verursachte Schadensniveau.

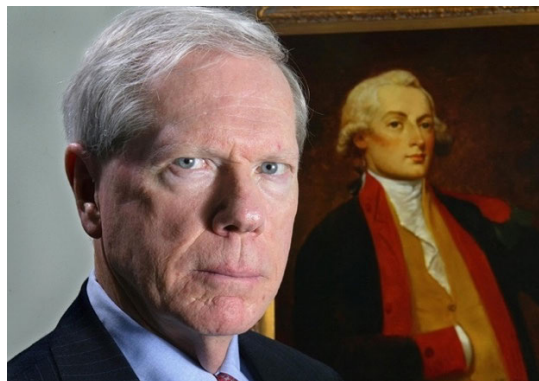
Diese experimentellen Daten helfen nun zu erklären, warum Setia et al. herausgefunden hatte, dass eine hohe Exposition gegenüber drahtlosen elektromagnetischen Feldern das Risiko für neurologische Entwicklungsverzögerungen bei Säuglingen mehr als verdreifacht.

Dadurch wird klar, EMF sind nicht harmlos. Nur weil sie für das Auge unsichtbar sind, heisst das nicht, dass sie wirkungslos sind. Es gibt Belege dafür, dass Säuglinge besonders gefährdet sind und die schlimmsten Folgen der EMF-Exposition erleiden. Die tägliche Exposition muss daher möglichst minimiert werden.

Quelle: <https://www.unser-mitteuropa.com/178251>

Unsere Existenz wird von Tag zu Tag prekärer Dasselbe gilt für Monarchen und «Autoritäre»

Paul Craig Roberts, Oktober 10, 2025



Paul Craig Roberts

Es gibt viele Beispiele. Ich werde eines davon verwenden, das ich gerade vor mir habe, während ich Harry Elmer Barnes Buch «The Genesis of the World War» erneut lese.

Der Erste Weltkrieg wurde vom französischen Präsidenten geplant, der Elsass-Lothringen zurückgewinnen wollte, das Napoleon III. 1871 an Preussen verloren hatte, sowie vom russischen Aussenminister und dem russischen Botschafter in Frankreich, die der Türkei die Dardanellen entreissen wollten – jene Meerenge, die das Schwarze Meer mit dem Mittelmeer verbindet. Ihre Verschwörung, um einen europäischen Krieg zu entfachen und diese Ziele zu erreichen, wurde über mehrere Jahre hinweg vorbereitet. Der französische

Präsident Poincaré und die Russen – Aussenminister Sasonow und der russische Botschafter in Frankreich Iswolski – waren sich nicht sicher, ob sie Deutschland und Österreich-Ungarn ohne britische Unterstützung entgegentreten konnten. Folglich zogen sie den britischen Aussenminister Sir Edward Grey in ihren Plan hinein – ohne Wissen des britischen Monarchen.

Sobald die Allianzen und gegenseitigen Zusicherungen der Kriegverschwörer feststanden, arrangierten und ermutigten die Russen und Franzosen das serbische Attentat auf den österreichischen Erzherzog, den Thronfolger, und seine Frau – und wenn sie nicht direkt verantwortlich waren, nutzten sie das Attentat, um die Räder des Krieges in Bewegung zu setzen. Russland behauptete, es müsse Serbien vor der Vergeltung des österreichisch-ungarischen Reiches schützen, und benutzte das österreichische Ultimatum an Serbien als Vorwand, um die russische Mobilmachung zu befehlen.

Die drei Monarchen – der britische König, der russische Zar und der deutsche Kaiser – waren Cousins ersten Grades, allesamt Enkel von Königin Victoria. Als der Zar ein Telegramm seines deutschen Cousins erhielt, in dem dieser warnte, dass Europa eine Katastrophe bevorstünde, falls der Krieg ausbräche, befahl der Zar, die russische Mobilmachung zu stoppen, überzeugt davon, dass sie nicht dazu dienen würde, Österreich einzuschüchtern, sondern den europäischen Krieg auszulösen. Die Minister des Zaren erklärten ihm jedoch, es sei zu spät, den allgemeinen Mobilmachungsbefehl zurückzunehmen, und die Mobilmachung wurde fortgesetzt.

Der Zar war nicht in die Verschwörung eingeweiht worden und war sich bestenfalls vage bewusst, was im Gange war. Als dem Zaren schliesslich klar wurde, was geschah, war er nicht mehr in der Lage, den militärischen Eifer seiner Regierung zu kontrollieren. In einem Telegramm an seinen deutschen Cousin gestand er seine Hilflosigkeit gegenüber den Militaristen:

«Ich sehe voraus, dass ich sehr bald vom auf mich ausgeübten Druck überwältigt werde und gezwungen sein werde, extreme Massnahmen zu ergreifen, die zum Krieg führen werden. Um ein solches Unglück wie einen europäischen Krieg zu vermeiden, bitte ich dich im Namen unserer alten Freundschaft, zu tun, was du kannst, um deine Verbündeten (Österreich) davon abzuhalten, zu weit zu gehen.»

Der Zar bat also Deutschland, Österreichs Handeln gegen Serbien zu mässigen – was der Kaiser auch zu tun versuchte.

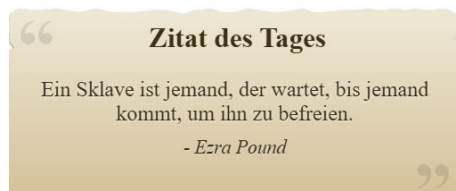
Die Antwort des Kaisers auf das Telegramm seines russischen Cousins lautete: «Ein Eingeständnis seiner eigenen Schwäche und der Versuch, die Verantwortung auf meine Schultern zu legen.»

Der Krieg, der aus der Unfähigkeit der britischen, deutschen, russischen Monarchen und des französischen Volkes, ihn zu verhindern, resultierte, zerstörte Europa. Er zerstörte das österreichisch-ungarische Reich und liess Russland in die Hände Lenins fallen. Die Toten, die der Erste Weltkrieg in Frankreich und Grossbritannien forderte, löschten eine ganze Generation von Führungspersönlichkeiten aus – Aristokraten, die zumindest noch ein Ehrsystem hatten, ob sie sich nun daran hielten oder nicht – und überliessen die Führung (Jacken und Schafen), um Giuseppe Di Lampedusas treffenden Ausdruck zu gebrauchen. Grossbritannien war finanziell so geschwächt, dass es US-Präsident Franklin D. Roosevelt leichtfiel, den Zweiten Weltkrieg zu nutzen, um die Briten beiseitezuschieben und dem US-Dollar die Rolle und Macht einer Weltreservewährung zu verschaffen.

Deutschland, dessen Kaiser versucht hatte, den Ersten Weltkrieg zu verhindern, wurde dafür verantwortlich gemacht. Folglich wurde Deutschland in Versailles – entgegen der Zusicherung des US-Präsidenten Wilson – mit territorialen Verlusten und unbezahlbaren Reparationen konfrontiert, was den Zweiten Weltkrieg verursachte und Europa unter sowjetische Herrschaft über Osteuropa stellte.

Heute steht die Welt vor einer noch absurderen Situation. Israel – ein winziges Land ohne Ressourcen, ausser amerikanischem Geld und Schutz – hält die westliche Aussenpolitik, und offenbar auch die Russlands, in seinen winzigen Händen. Seit einem Vierteljahrhundert kämpfen Amerikaner, um arabische Nationen zu zerstören – im Interesse der Ausweitung von Gross-Israel. Amerikanische Soldaten wurde von ihrer lügenden Regierung gesagt, sie würden sterben und dauerhaft verkrüppelt werden, um Amerika vor einem nicht existierenden muslimischen Terrorismus zu schützen – während sie in Wirklichkeit für Gross-Israel starben. Jetzt befinden wir uns auf einem neuen Weg zu unserer Zerstörung – im Dienst der Agenda der zionistischen amerikanischen Neokonservativen für ein hegemoniales Amerika und Israel. Wo ist die Führung, die das aufhält?

Quelle: Our Existence Becomes Increasingly Tenuous by the day



Quelle: de.sott.net, Zitat des Tages, 10. Oktober 2025



Orban an «Verbrecherin» von der Leyen: «Grüner Wahnsinn, desträres US-Handelsabkommen, Kriegstreiberin»

Von Redaktion Ungarn, Okt. 9, 2025

«Nach der Immunitäts-Abstimmung vom Dienstag wird die Brüsseler Rein-Wäscherei heute wieder aufgenommen.» – verlautebarte der ungarische Ministerpräsident Orban via Facebook. Laut Orbán dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass «die Linksliberalen die EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen auch heute weiter verteidigen werden».

Der ungarische Ministerpräsident fügte hinzu: «Dies ist nicht der erste Misstrauensantrag gegen die Präsidentin. Kein Wunder, denn die Liste ihrer Verbrechen ist lang: Sie hat die europäische Industrie mit grünem Wahnsinn erdrosselt, hat ein desträres Handelsabkommen mit den Amerikanern unterzeichnet, hat illegale Migranten hereingelassen. Doch der schwerste Fehler: Er hat mehr als drei Jahre lang Geld in den russisch-ukrainischen Krieg gepumpt.»

Und Orbán betonte:

«Es besteht kein Zweifel: Die Linksliberalen werden die Präsidentin auch heute verteidigen. Dieselben Linksliberalen, die bei der Abstimmung am Dienstag den Vorsitzenden der «Theiss»-Partei (die Brüsseler Oppositionsmarionette für Ungarn, Peter Magyar) verteidigt hatten. Sie schützen sich gegenseitig, weil sie das gleiche Ziel haben: Alle Mitgliedstaaten unter dem Joch Brüssels zu fangen. Auch Ungarn. Wenn sie Erfolg haben, dann «kann alles gemacht werden». Steuern erhöhen, Migranten hereinlassen, den Krieg finanzieren.» Doch Orban kündigte für den Nationalfeiertag am 23. Oktober Widerstand an:

«Dazu werden wir ein oder zwei Worte verlieren. Zuerst bei der heutigen Abstimmung, dann beim «Friedensmarsch» im Oktober.»

Links-rechte Offensive im EU-Parlament

«Werfen doch extrem rechte «Patrioten» und Linksfaktion von der Leyens Teams komplettes Versagen bei Migration, Wirtschaft oder auch Gaza vor.» – wie der linke «Standard» skandalisierend framt: Denn ...

«... wie schon im vergangenen Juli stehen die Kommissionspräsidentin und ihr Team im unter Beschuss». Abgestimmt werden soll über deren Abwahl. Doch nun liegen anders als im vergangenen Juli (der gescheiterte Misstrauensantrag wurde von einem rechtsnationalen Mandatar aus Rumänien initiiert), liegen nun gleich zwei solche Anträge vor: Und zwar eingebracht durch die rechtsnationale Fraktion der «Patrioten» (darunter die österreichische «FPÖ», die italienische «Lega», Marine Le Pens «Nationalbewegung» (RN) oder Orbáns «Fidesz»). Doch: – schäumt «Der Standard»

«Der zweite Misstrauensantrag kommt von der anderen radikalen Seite im politischen Spektrum des EU-Parlaments, der Fraktion «Die Linke».



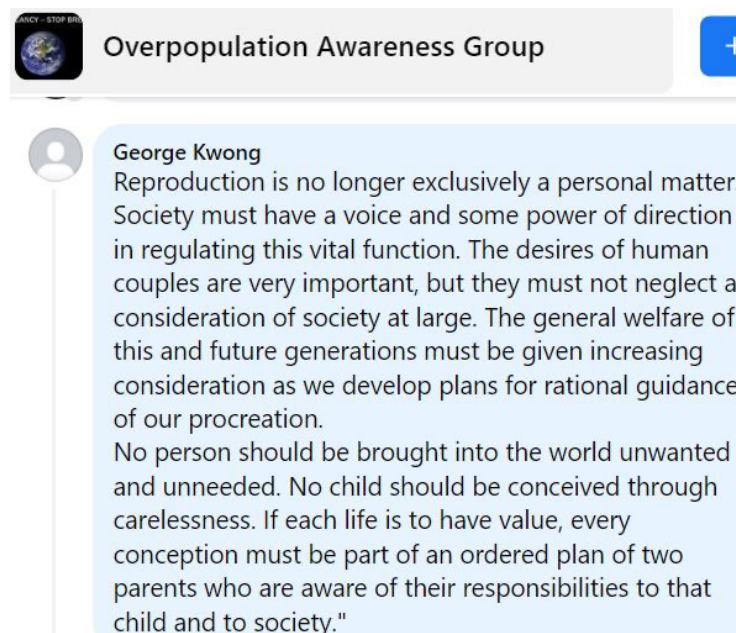
A keddi mentelmi szavazás után ma újra beindul a brüsszeli mosoda. Akit ma tisztára kell mosni, az nem más, mint maga az Európai Bizottság elnök asszonya, Ursula von der Leyen.

Nem ez az első bizalmatlansági indítvány az Elnök Asszonnyal szemben. És ez nem is csoda. A bűnlajstrom hosszú: a zöld örülettel megfojtotta az európai ipart, az amerikaiakkal kötött egy katasztrofális kereskedelmi megállapodást, nyakló nélkül engedi be a migránsokat, és a legsúlyosabb hiba: több mint... [Mehr anzeigen](#)

Quelle: <https://www.unser-mitteuropa.com/178390>



Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter – Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment

Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrunen, das wahrheitlich einem «Todesymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorkenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

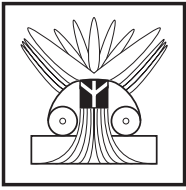
So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunen-Symbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft,

wie das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrunen fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todesymbols» mit der Todesrunen an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todesymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen

bestimmten Zustand oder Umstand <beschreibt>, den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol <Tod, Todesexistenz> beinhaltet das Symbol <Frieden> eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffft Unfrieden, Hass und Unheil

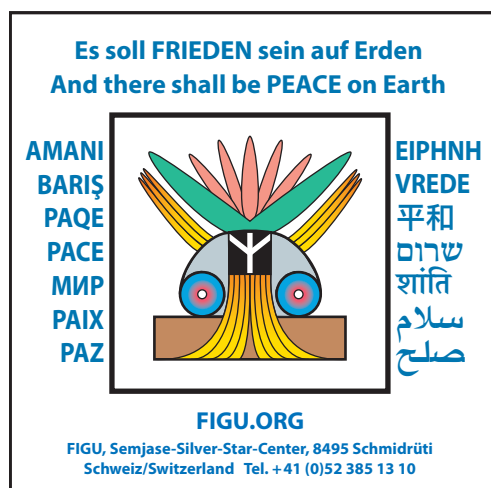
**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol <Frieden>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Grössen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internet veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2025

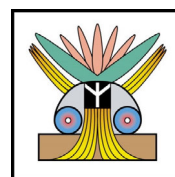
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz